Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1923

8.5.1923 (No. 105)

Visual Library

Nr. 105 61. Jahrgang

Karlsruhe, Dienstag den 8. Mai 1923

Bezugspreis monatlich: In Karlsruhe durch Träger Mk. 4700, (b. d. Abholstell. in Karlsruhe M. 4400) auswärts (Deutschland) durch die Post Mk. 4700.—, Ausland durch Post oder Kreuzband. Der Einzelverkaufspreis jeder Ausgabe beträgt Mk. 200.—

Fernsprecher: Geschäftsstelle 535.

Badischer Beobachter

Anzeigenpreis: 1 spaltig, 1 mm hoch, 85.— Mk.; im Reklameteil 250.— Mk. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Bei Wiederholung Raum-Rabatt, der bei zwangsweiser Beitreibung und bei Konkurs wegfällt.

Fernsprecher: Redaktion 572.

Verlegerin und Herausgeberin: Akt.-Ges. „Badenia" (Wilhelm Johner, Direktor). Rotationsdruck der „Badenia" Akt.-Ges. Karlsruhe, Adlerstraße 42. Drahtadresse: Beobachter. Postscheck-Konto Amt Karlsruhe 4844.

Erscheint Werktags einmal täglich. — Beilagen: „Blätter für den Familientisch" und „Frauenrundschau". — In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Schluß der Anzeigen-Annahme: vormittags ½8 Uhr.

Hauptschriftleiter: J. Th. Meyer. Verantwortlich für badische, Reichs- und auswärtige Politik: Th. Meyer; für das Feuilleton: Th. Wüst; für den Nachrichtendienst, Handelsteil und den übrigen redaktionellen Teil: J. V.: Egon Eckerle, für die Anzeigen: J. Wurzler, sämtliche in Karlsruhe.

Vom Tage.

Das Reichskabinett konnte sich, da Reichskanzler Dr. Cuno erst heute von Freudenstadt nach Berlin zurückkehrt und infolge anderer Umstände noch nicht mit der französischen Antwortnote befassen.

Reichskanzler Dr. Cuno befindet sich auf der Rückreise von Freudenstadt nach Berlin. In Stuttgart, wo er sich während der Rückreise eine Stunde aufhielt, wurde er vom württembergischen Staatspräsidenten empfangen.

In Berliner politischen Kreisen beurteilt man den Umstand, daß in der französisch-belgischen Antwortnote die deutschen Vorschläge nicht allgemein abgelehnt, sondern ausdrücklich nur zumteil als unannehmbar, zum andern Teil als unzulänglich kritisiert werden, dahin, daß auch von französisch-belgischer Seite eine Fortsetzung der Diskussion nicht verhindert werden wollte.

In England ist man über das diplomatische Verhalten Frankreichs bei der Beantwortung des deutschen Angebots sehr ungehalten.

Der englische Schatzkanzler Baldwin wird heute im Unterhaus eine Erklärung zu dem deutschen Reparationsangebot abgeben.

Der Krupp-Prozeß ging gestern weiter. Die Zeugenvernehmung wurde beendet und die Sitzung auf heute vertagt. Das Urteil dürfte also heute gefällt werden.

Unter den Besatzungstruppen finden zurzeit Umgruppierungen statt. Neue Orte sind besetzt worden.

Hunderte von Eisenbahnerfamilien, deren Möbel beschlagnahmt wurden, sind neuerdings aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen worden.

Am Mittwoch finden im Reichsfinanzministerium mit den Spitzenorganisationen Besprechungen über die Regelung der Staatsbedienstetengehälter für Mai statt.

Am 10. Mai findet in Basel eine deutsch-französische Pazifistenkonferenz statt, die sich mit der Ruhrfrage befassen wird.

Der englische Ministerpräsident Bonar Law befindet sich auf dem Wege nach Genua.

Rechtsentwicklung oder Linksentwicklung?

Wenn nach politischen Wahlen die Wahlergebnisse bekanntgemacht werden, so werden immer gleich Betrachtungen darüber angestellt, wie sich die Stimmenverhältnisse verschoben haben. Man untersucht, ob die Wähler mehr nach rechts oder nach links geschwänkt sind oder ob die Mitte verstärkt haben und zieht daraus die naheliegenden oder auch gerade parteipolitisch wirksamen Schlüsse. Die letzten politischen Wahlen waren bekanntlich für die deutschdemokratische Partei sehr niederschmetternd, da ein großer Teil der früheren deutsch-demokratischen Wähler zur Deutschen Volkspartei übergelaufen waren. Weiterhin hatte auch die Deutschnationale Volkspartei Zuzug gefunden aus dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei, ihr deutsch-völkischer Flügel war sogar durch früher sozialistisch denkende Arbeiter erweitert worden. Andererseits war auf der Linken der radikale Flügel gestärkt worden. Im ganzen mußte man das Wahlergebnis dahin zusammenfassen, daß wenigstens bei den bürgerlichen Parteien eine Rechtsverschiebung unverkennbar sei.

Ob während der laufenden Tagungsperiode des Reichstages diese Rechtstendenz in der politischen Auffassung der Wähler fortgedauert hat, kann man nicht ohne weiteres sagen, weil es dazu an den nötigen Anhaltspunkten fehlt. Die Gemeinderatswahlen, die Ende v. Js. in vielen Gegenden Deutschlands stattgefunden haben, sind kein sicherer Maßstab. Man hat jedenfalls auch noch keinen Anlaß dafür, das Gegenteil anzunehmen.

Inzwischen ist nun die Kuriosität eingetreten, daß während unter dem Einfluß einer unablässigen Kritik an der Politik der früheren Linkskoalition die Wähler nach rechts rutschten, die Führer der Rechtsparteien sich immer mehr nach links orientieren. Die Führer der Parteien haben damit das Verhalten ihrer Wähler in sehr interessanter Weise korrigiert. Das geschah nicht nur auf innerpolitischem Gebiete in der Frage der Stellung der Fraktionen zum Parlamentarismus, wo bereits die bemerkenswertesten Erklärungen eines Dr. Heinze, eines Dr. Stresemann und eines Dr. Helfferich vorliegen, sondern ganz besonders auch auf außenpolitischem Gebiete. Was unterscheidet hier heute noch die praktische Außenpolitik eines Dr. Stresemann von der eines Dr. Hilferding, eines Dr. Breitscheid? Das sind im Grunde genommen doch nur noch Nuancen. Ist nicht Dr. Becker (Hessen) als volksparteiliches Kabinettsmitglied, — er stand früher immer auf dem äußersten rechten Flügel der Deutschen Volkspartei — in dem Entgegenkommen gegen Frankreich weiter gegangen als ein Dr. Wirth jemals hätte wagen dürfen oder jemals geglaubt hätte, überhaupt gehen zu müssen und wahrscheinlich auch niemals hätte zu gehen brauchen, wenn die in der Deutschen Volkspartei vertretenen Wirtschaftskreise seine kluge und weitschauende Reparationspolitik von vornherein mit dem nötigen Verstand, den nötigen Kräften und Garantien unterstützt hätte? Die Politik eines Dr. Stresemann wird heute selbst von den Deutschnationalen, geschweige von dem rechten Flügel seiner eigenen Partei, nur mit Vorsicht und Zurückhaltung kritisiert. Nur ein Professor Dr. Martin Spahn hat sich in letzter Zeit energischer hervorgewagt. Aber Dr. Spahn steht seiner politischen Auffassung nach dem Parteiprogramm der Deutschnationalen wohl weniger nahe als dem der Deutschvölkischen Freiheitspartei. Seinen Vorwürfen hat am letzten Samstag Dr. Stresemann im Tag (Nr. 106) in langen Ausführungen geantwortet und dabei über die Reichstagpolitik seit Erzbergers Friedensresolution vom Juli 1917 Urteile gefällt, die man durchweg außerordentlich begrüßen muß und von denen man nur wünschen möchte, sie wären schon einige Jahre früher ausgesprochen worden. Hätte der Führer der Deutschen Volkspartei sich schon zu Erzbergers Zeiten zu solchen Bekenntnissen verstehen können, wieviel Not und Elend, wie viel innerpolitische Wirren wären auf Grund solcher autoritären Worte dem deutschen Volke erspart geblieben.

Man kann nur gespannt sein, wo angesichts solcher Erfahrungen die Wähler des deutschen Volkes heute die größte politische Vernunft suchen und das größere politische Verantwortlichkeitsgefühl feststellen, beim Zentrum oder bei den Rechtsparteien. Beim Zentrum, das ungeachtet der Unpopularität seiner Politik auf dem einmal beschrittenen und als richtig erkannten Wege verantwortungsbewußt weiter ging oder bei den Rechtsparteien, die heute in der Außenpolitik ein viel größeres Entgegenkommen zeigen müssen, als die Zentrumspartei, wenn man sie rechtzeitig richtig unterstützt hätte, vielleicht hätte zu gehen brauchen. Man kann gespannt sein, ob das deutsche Volk in diesen Wochen sich die Zeit nimmt zu überlegen, ob nicht bei einer anderen außenpolitischen Einstellung viel fruchtbarere Außenpolitik hätte geleistet werden können.

—(*)—

Die französisch-belgische Antwortnote.

Brüskierung Englands durch Poincare.

Die öffentliche Meinung und die politischen Parteien Englands haben den Entschluß der französischen und belgischen Regierung, Berlin eine Antwort zu erteilen, bevor die Frage geklärt werden konnte, ob es möglich sei, eine gemeinsame Note aller Verbündeten aufzusetzen, als eine rücksichtslose Verletzung englischer Interessen und eine persönliche Brüskierung des englischen Außenministers aufgenommen. Poincare hat selbst jede Diskussion der mit Belgien vereinbarten Antwort an Deutschland abgelehnt.

Die Beurteilung in England.

London, 7. Mai. (Frankf. Ztg.) Die englischen Kommentare zu Poincares Antwort ignorieren den materiellen Inhalt völlig; sie beschränken sich lediglich auf das für London unerfreuliche diplomatische Verhalten der französischen Regierung. Die führende konservative Presse verschweigt nicht, daß die englische Regierung peinlich berührt ist, weil Poincare zwar der englischen Regierung Zeit ließ, von der französischen Antwort vor ihrer Absendung Kenntnis zu nehmen, daß aber die entschiedenen Bemühungen Lord Curzons, durch eine öffentliche Aeußerung und auf diplomatischem Wege Paris zu einer Aussprache über die Situation und die gemeinsame Politik zu bewegen, zunächst vollkommen fehlgeschlagen sind. Daily Telegraph spricht seine Unzufriedenheit mit der allzu geringen Beachtung Lord Curzons aus, besonders deutlich aber kommt in diesem Blatt ebenso wie in der Times zum Ausdruck, daß die englische Regierung sich infolge Curzons Aufforderungen an Deutschland für eine sachgemäße Behandlung des deutschen Angebots verantwortlich fühlt. Die Blätter verstehen nicht, warum Poincare nicht einige Tage verstreichen lassen konnte, um gemeinsam zu beraten, zumal da, wie der Daily Telegraph betont, der Friedensvertrag von Versailles in der Reparationsfrage Frankreich kein Recht zu einer alleinigen Entscheidung gibt; überdies sei ein gemeinsamer diplomatischer Druck auf Deutschland der beste Weg, um die deutschen Vorschläge zu verbessern. Italien teile das englische Urteil, daß die Note der Regierung Cuno zwar keine Basis bilde, daß sie jedoch als Ausgangspunkt für das Finden einer Basis verwendbar sei.

Verschiedene Pariser Berichte deuten an, daß Poincare mit seiner Note eine Fortsetzung der Diskussion nicht ausschließe, und die Times meldet, daß die offiziöse Pariser Auffassung betone, daß trotz der Absendung der Antwortnote einer Beratung der Alliierten über eine gemeinsame Reparationspolitik nichts entgegenstünde.

England wird eine Gegenerklärung abgeben.

London, 8. Mai. Die B. Z. meldet: Man ist in hiesigen politischen Kreisen der Auffassung, daß das Kabinett in aller Kürze die deutsche Note und die englische Politik gegenüber Frankreich beraten wird und daß spätestens Donnerstag im Unterhaus und zwar durch Lord Curzon eine äußerst bedeutsame außenpolitische Erklärung abgegeben wird. Man nimmt an, daß diese Erklärung zweifellos eine scharfe Kritik am deutschen Angebot üben wird und zugleich die englische Stellung gegenüber Frankreich in bestimmter Weise zum Ausdruck bringt.

Französische Gereiztheit gegen England.

Paris, 7. Mai. Die Pariser Blätter teilen mit, daß Lord Curzon bei seiner Zusammenkunft am Samstag mit dem französischen Botschafter St. Aulaire es bei der Einsichtnahme in die französische Antwortnote nicht bewenden ließ, sondern das Wünschenswerte einer gemeinsamen Antwort an das Berliner Kabinett betonte. Weiterhin enthalten die Blätter im Anschluß an diese Meldung versteckte Vorwürfe an die Adresse Englands, das, so wird allgemein ausgeführt, infolge seiner Zurückhaltung bei der französisch-belgischen Ruhroperation jetzt nicht das Recht habe, den beiden Verbündeten Ratschläge zu erteilen. Sobald allerdings das Reparationsproblem als solches zur Sprache kommen werde, sei England natürlich am Verhandlungstisch willkommen.

Anläßlich einer neuen, gestern aus London eingelaufenen Meldung, wonach das Londoner Kabinett die Auffassung einer gemeinsamen Antwortnote vorgezogen hätte, unternimmt es der Temps in einer überaus heftigen und anzüglichen Sprache, die englische Regierung ad absurdum zu führen. Im besonderen meint das Blatt, die englische Regierung hätte sich mit Frankreich und Belgien nur über drei Punkte besprechen können: 1. Regelung der deutschen Schuld; 2. die Frage der Garantien und 3. die Abgabe eines Gutachtens über die von Deutschland vorgeschlagenen Schiedsrichter. Aber dabei würde die englische Regierung hinter den Stellungen, die Frankreich und Belgien einnehmen müssen, zurückgeblieben sein und da sie sich nicht weiter hätte vorwagen können, so hätten eben Frankreich und Belgien zurückweichen müssen.

Paris, 7. Mai. Die Morgenpresse nimmt nur kurz von der französisch-belgischen Note Notiz und fährt fort, sich mit dem englischen Standpunkt, der auf eine gemeinsame Redaktion derselben hinauslänft, auseinander zu setzen.

Im Echo de Paris erklärt Pertinar, das getrennte Verfahren, welches wir einschlugen, wurde uns vom Londoner Kabinett am 4. Januar auferlegt. Der englische Außenminister wünschte, daß das in Berlin abgegebene Schriftstück alle Unterschriften der Verbündeten enthalten sollte. Lord Curzon möge sich weniger über Paris und Brüssel besorgen und mehr auf Deutschland achten, dann könne er feststellen, daß die Großindustrie, die die wirkliche Diktatorin des deutschen Widerstandes sei und die den Widerstand gegen die Reparationen bis zum Selbstmord verschärfe. In den letzten Tagen hatte sie 80 Hochöfen in dem besetzten Gebiet ausgelöscht. Der englische Außenminister könnte wahrnehmen, daß die deutsche Großindustrie im Begriffe stehe, auf der allgemeinen Katastrophe ihre künftige Größe aufzubauen.

* * *

Dr. Luther über den Abwehrkampf.

Kiel, 7. Mai. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Luther, sprach gestern abend vor Vertretern aller wirtschaftlichen Kreise über das Thema „Deutschland und das Ruhrgebiet". An Rhein und Ruhr sei durch den passiven Widerstand ein Damm errichtet worden, damit die französische Sturmflut nicht das dahinter liegende Land zerstöre, und nun gelte es für das ganze deutsche Volk, diesen Kämpfern im Westen ausreichende Hilfe zu bringen, damit sie nicht erlahmten und der Damm nicht breche. Durch unser Ringen wollen und müssen wir schließlich zu dem Ziel gelangen; eine Lebensmöglichkeit für das deutsche Volk, das sich den gerechtfertigten Verpflichtungen nicht entziehen will, zu schaffen.

Massenausweisungen.

Köln, 8. Mai. Der Berliner Lokalanzeiger berichtet: In Enskirchen wurden neuerdings 700 Eisenbahnerfamilien ausgewiesen.

In Bonn finden in allen Stadtteilen Massenvertreibungen von Eisenbahnerfamilien durch französische Truppenabteilungen statt. In einzelnen Fällen sind die Franzosen dazu übergegangen, bei den Eisenbahnbediensteten Mobiliaraufnahme zu machen. Dabei verbieten sie den Wohnungsinhabern bei etwaiger Ausweisung das Mobilar fortzuschaffen.

*

Verstärkung der Besetzung.

Offenburg, 7. Mai. Vor einigen Tagen wurde die Besatzung verstärkt durch eine Maschinengewehrabteilung mit 40 Pferden, die zu dem in Straßburg stehenden Husarenregiment gehört.

Denunziantentum in der Pfalz.

In Wörth am Rhein, dessen Bewohner vielfach Beziehungen zu Karlsruhe haben, spricht man z. Zt. mit Entrüstung von einer Denunziation eines dortigen Lehrers Glaser durch einen gewissen Joh. Sachs, Obsthändler von Wörth, bei der französischen Gendarmerie wegen Besitz einer Schußwaffe. Wie man hört, hat die deswegen vorgenommene Haussuchung bei dem betr. Lehrer, wie auch in Landau, wo seine Eltern wohnen, zu keinem Ergebnis geführt, das der Denunziation entsprochen hätte. Was den betr. Denunzianten dazu bewogen hat, eine solche Anzeige zu erstatten, die ihn der Verachtung aller deutsch fühlenden und denkenden Leute preisgibt, ist nicht recht klar. Aber solche „Charaktere" gehören an den Pranger!

Beschlagnahme von 25 Kohlenwagen.

Münster, 7. Mai. Am 3. Mai beschlagnahmten die Franzosen auf der Zeche Westerhausen bei Bodelschwingh 25 beladene Kohlenwagen, darunter fünf für Italien bestimmte.

Pazifistenkonferenz zur Ruhrfrage.

Basel, 8. Mai. In Basel wird am 10. Mai eine Konferenz zwischen deutschen und französischen Pazifisten über die Ruhrfrage stattfinden. Deutscherseits nehmen an den Beratungen teil Professor Quidde, v. Gerlach, Graf Keßler, sowie zwei weitere pazifistische Vertreter aus dem Ruhrgebiet.

—(*)—

Deutscher Reichstag.

Berlin, 7. Mai 1923.

Am Regierungstisch Reichsjustizminister Dr. Heintze.

Pachtverträge bei gewerblichen Betrieben.

Der Wohnungsausschuß hat einen Antrag Beythien (D. Vp.) betr. Pachtverträge bei gewerblichen Betrieben angenommen und fordert mit tunlichster Beschleunigung einen Gesetzentwurf, wonach zur Zeit nicht kündbare Pachtverträge, die unter das Pachtschutzgesetz fallen und sich auf gewerbliche Betriebe (Gastwirtschaften, Hotels, Fabriken, Sanatorien, Krankenanstalten usw., beziehen, zur Erzielung eines angemessenen Pachtzinses mit Genehmigung des Mieteinigungsamtes oder eines ähnlich zusammengefaßten Amtes den veränderten Verhältnissen angepaßt bezw. gekündigt werden können. Nachdem der Abg. Beythien (D. Vp.) als Berichterstatter den Ausschußbeschluß zur Annahme empfohlen hatte, wird der Antrag einstimmig angenommen.

Auf der Tagesordnung steht dann der Bericht des Geschäftsordnungsausschusses, der die Frage geprüft hat, ob durch die Verordnung des Polizeipräsidenten von Berlin gegen die Deutschvölkische Freiheitspartei eine Beschränkung der persönlichen Freiheit der Abgeordneten dieser Partei verursacht worden ist, die sie in der Ausübung ihres Abgeordnetenberufes beeinflußt hat. Der Geschäftsordnungsausschuß hat diese Frage verneint. — Verbunden mit diesem Bericht wird ein beschleunigter Antrag von Gräfe (Dv. F. P.), der die sofortige Aufhebung der Verordnung des Berliner Polizeipräsidenten fordert. — Abg. Brodauf (Dem.) berichtet über die Ausschußverhandlungen.

Abg. Warmuth (D. N.) ist der Ansicht, daß hier zweifellos ein Eingriff in die Rechte einzelner Abgeordneten vorliegt. Der Reichstag dürfe sich von der Polizei nicht seine eigenen Abgeordnetenrechte beschneiden lassen.

Abg. Wulle (Dv. F. P.) hält es für undenkbar, daß der Polizeichef eines Landes die Macht haben soll, die Geschäftsräume einer Reichspartei zu schließen. Der Polizeipräsident Weiß habe erklärt: Der Reichstag könne tun, was er wolle, die Beschlagnahme der Geschäftsräume halte er aufrecht. (Lebhaftes Hört, Hört! rechts.) Hier liege ein glatter Verstoß gegen die Verfassung vor.

Abg. Dittmann (Soz.) betrachtet es als ein eigenartiges Schauspiel der Abgeordneten der Rechtsparteien, eine Erweiterung des Immunitätsschutzes zu verlangen, während von ihnen früher erklärt wurde, daß dazu kein Anlaß vorliege. Das Vorgehen gegen die Deutschvölkische Freiheitspartei sei durchaus nicht ihr Beispiel. Der preußische Minister Poeller hat 1895 das Büro der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands aufgelöst.

Abg. Dr. Bell (Ztr.) schließt sich dem Ausschußbeschluß an. — Abg. Dr. Kah (D. V.) lehnt für seine Partei den Vorwurf ab, daß sie nicht für die Berechtigung der Immunität eingetreten sei. — Abg. Remmele (Komm.) erhebt Einspruch gegen die Betätigung der Berliner Polizei, die auch bei der Kommunistischen Partei Haussuchungen abgehalten habe.

Ein Antrag Barth (Komm.), die Abstimmung auszusetzen, bis die gleichartige Beschwerde der Kommunisten erledigt sein wird, wird abgelehnt. — Abg. Koenen (Komm.) beantragt erneut Vertagung der Abstimmung, damit der Reichstag erst noch Stellung nehmen könne zu den Vorgängen im preußischen Landtag, wo sich die Polizeisozialisten austoben. (Lachen bei der Mehrheit.) Man müsse gegen diese Schandtaten im preußischen Landtag Einspruch erheben. (Lachen bei der Mehrheit.) — Der Antrag Koenen wird gegen die Antragsteller abgelehnt. — Die namentliche Abstimmung über den Antrag wird bis zum Schluß der Sitzung ausgesetzt.

*

Reichsarbeitsministerium.

Die zweite Lesung des Reichshaushalts wird beim Reichsarbeitsministerium fortgesetzt. Bei der Erwerbslosenfürsorge wendet sich ein sozialdemokratischer Abgeordneter gegen die Behauptung, die Arbeitslosigkeit sei darauf zurückzuführen, daß nicht genug gearbeitet werde. Sie beantragt einen Gesetzentwurf, durch den allen durch die Ruhbesetzung entlassenen Arbeitern und Angestellten im neuen und altbesetzten Gebiete in Betrieben mit mehr als 10 Arbeitnehmern das Recht auf Wiederbeschäftigung gewährleistet werden soll.

Abg. André (Ztr.) hebt hervor, daß das Jugendproblem mit gesetzlichen Maßnahmen allein nicht zu regeln sei, der religiöse Faktor müsse bei der Jugenderziehung zur Geltung gebracht werden.

Abg. Frau Schröder (Soz.) verlangt Maßnahmen zum Schutze der durch die Steuergesetzgebung brotlos gewordenen Tabakarbeiter, die in andere Erwerbszweige nicht überführt werden können.

Abg. Malzahn (Komm.) stellt fest, daß es in Deutschland bereits 8 Millionen Kurzarbeiter gäbe.

Angenommen wird eine Entschließung, die von der Regierung erhöhte Tätigkeit im Sinne des Arbeitsschutzgesetzes fordert, sowie ein Antrag, die Unterstützung der Erwerbslosenfürsorge den Teuerungsverhältnissen anzupassen. — Der sozialdemokratische Antrag, der einen Gesetzentwurf zu Gunsten der notleidenden Arbeiter fordert, wird an den Ausschuß verwiesen, wo er wirklich rasch erledigt werden soll. — Angenommen wird ferner eine Entschließung auf Förderung des eigenen Wohnungsbaues, sowie die sozialdemokratische Entschließung zu Gunsten der Tabakarbeiter. — Es folgt dann die zurückgestellte Abstimmung über die Frage, ob durch die Maßnahmen der Berliner Polizei gegen die Deutschvölkische Freiheitspartei die Immunität der deutschvölkischen Abgeordneten verletzt worden sei. Der Geschäftsordnungsausschuß hat diese Frage verneint. Das Haus trat mit 203 gegen 116 Stimmen bei drei Enthaltungen dem Ausschußbeschluß bei. Dagegen stimmten die Deutschnationalen, die Deutsche und Bayerische Volkspartei, sowie die Kommunisten.

Darauf wird die Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums fortgesetzt und dieser Haushalt erledigt.

Nächste Sitzung Dienstag nachmittag 2 Uhr: Finanzministerium. Dritte Lesung des Versammlungssprengungsgesetzes. — Schluß 9 Uhr.

*

Aus dem Bildungsausschuß des Reichstages.

Im Bildungsausschuß des Reichstages wurde am Freitag die Debatte über den § 3 des Reichsschulgesetzes, der die Bekenntnisschule betrifft, fortgesetzt. Ueber die

Frage, ob die Freireligiösen als Bekenntnis mit Anspruch auf eine Bekenntnisschule in Betracht kommen, entspann sich eine lange Debatte ohne positives Ergebnis, ebenso über Unterscheidung der Begriffe „im Geiste des Bekenntnisses" oder „nach den Grundsätzen des Bekenntnisses". Die Sozialdemokraten bemühten sich dabei aufs Eifrigste, die Vertreter der bürgerlichen Parteien in gegensätzliche Stellung zueinander zu bringen.

Der 19. Ausschuß des Reichstags behandelt am Freitag eine Novelle zum Wehrmachtversorgungsgesetz und erledigte dabei dieselbe in der ersten Lesung. Es handelt sich um die sogenannten Uebergangsgebührnisse beim Uebertritt in den Zivilberuf. Dabei ergab sich die Kuriosität, das eine Reihe von den Sozialdemokraten Meyer (Zwickau) gestellter Anträge in dessen Abwesenheit von seiner eigenen Partei abgelehnt wurden. Die Novelle soll rückwirkend vom 1. Januar 1923 ab in Kraft treten.

—(⊙)—

Innere Politik.

Die Reichsindexzahl.

Berlin, 5. Mai. Nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts beträgt die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) im Durchschnitt des Monats April 2954 (1913/14 ist gleich 1) gegenüber 2854 im Monat März. Die Erhöhung beträgt sonach 3,5 v. Hundert. Die Indexziffer ohne die Bekleidungskosten ist um 5,2 v. H. auf 2764 gestiegen. Auf dem Lebensmittelmarkte war die Preisentwicklung im Monat April verhältnismäßig ruhig. Margarine, ausländisches Schweineschmalz und zum Teil auch Speck war gegenüber dem März weiter etwas im Preise zurückgegangen. Dagegen haben die Fleischpreise nach einer vorübergehenden Verbilligung im März wieder in allen Städten, ebenso wie Butter, Zucker und Milch, nicht unbeträchtlich angezogen. Die Ausgaben für Heizung und Beleuchtung erfuhren infolge der Herabsetzung der Kohlenpreise eine kleine Erleichterung. Der Rückgang in den Bekleidungskosten war dagegen schon durch die Entwicklung am Ende des Berichtsmonats überholt.

Regelung der Beamtengehälter.

Berlin, 8. Mai. Das Reichsfinanzministerium hat die Spitzengewerkschaften zum kommenden Mittwoch zu einer Besprechung über die im Mai zu zahlenden Löhne und Gehälter eingeladen. Es soll versucht werden, in einer gemeinsamen Sitzung über die Zulagen für alle Arbeitnehmer in Reichsbetrieben zu verhandeln. Wie wir hören, sind die Forderungen der Gewerkschaften über die Erhöhung der Aprillöhne für den Monat Mai prozentual recht hoch.

*

Minister Graf †.

Stuttgart, 7. Mai. Der württembergische Innenminister Eugen Graf ist heute nachmittag im Marienhospital, 51 Jahre alt, gestorben. Eugen Graf war am 4. Januar 1873 in Stuttgart geboren. Nach dem Besuch des Karlsgymnasiums schlug er die mittlere Postbeamtenlaufbahn ein und war Oberpostsekretär in Stuttgart, als die Revolution ausbrach und er vom Zentrum in den württembergischen Landtag gewählt und im Oktober 1919 zum Ernährungsminister ernannt wurde. Seit Juli 1920 war er Innenminister und bis zu den Neuwahlen im Dezember v. J. Gemeinderat der Stadt Stuttgart.

Die Zuckerbelieferung im Mai.

Berlin, 5. Mai. Die Hauptgeschäftsstelle des Zuckerverkehrs 1922/23 gibt bekannt, daß im Monat Mai je Kopf der Bevölkerung 2 Pfund Mundzucker zur Verteilung kommen. Die Mai-Zuckermarken A und B dürfen demnach mit je 1 Pfund Mundzucker beliefert werden. Eine weitere Belieferung auf Sondermarken ist für den Monat Mai nicht vorgesehen.

—(*)—

Ausland.

Trotzki über die Lage der russischen Staatsindustrie.

Bolschewistische Ernüchterung.

Moskau, im April. (Ost-Expreß.) Die Kongreßrede Trotzkis über die Lage der russischen Staatsindustrie ist nach den jetzt vorliegenden genauen Berichten auf einen sehr nüchternen und illusionslosen Ton abgestimmt und umgeht zugleich die grundlegenden Fragen der Entnationalisierung, der weiteren Zugeständnisse an das Auslandskapital und der Haftung der Trusts mit ihrem Grundkapital, die wie aus den Kongreßdebatten ersichtlich, auf dem Parteikongreß selbst innerhalb des Zentralkomitees der Partei keineswegs einheitlich beurteilt wurden. Trotzki führte aus, die neue Wirtschaftspolitik habe zwar eine Belebung der Industrie gebracht, nicht aber ihre Rentabilität gesteigert. Im Gegenteil habe das Betriebs- und das Grundkapital der Staatsindustrie und des Transportwesens in den ersten zwei Jahren abgenommen, und die Gewinne, die in einzelnen Branchen der weiter verarbeitenden Industrie angegeben würden, beruhten meist auf Rechenkünsten. Ueber die wirkliche Höhe der Verluste lasse sich zurzeit noch kein klares Bild gewinnen. Die Staatsindustrie produziere teurer als die private Klein- und Heimindustrie, die den Nährboden für den Kapitalismus abgebe, und deren Produktion im Jahre 1922 bereits 4 bis 500 Millionen Goldrubel gegenüber 950 Goldrubel der staatlichen Industrieproduktion erreicht habe. Die hohen Produktionskosten der Staatsindustrie seien in erster Linie darauf zurückzuführen, daß nur 17 bis 20 Prozent, höchstens 25 Prozent der Produktivität der Betriebe ausgenützt würden. Es sei daher erforderlich, ohne Rücksicht auf die Notwendigkeit von Arbeiterentlassungen eine weitere Herabsetzung der Zahl der Betriebe durchzuführen. Sämtliche Unkosten müßten eingeschränkt, insbesondere müßten die Ausgaben für Kultur- und Bildungswesen, für die Patronisierung von Truppenteilen durch Industriebetriebe usw. abgebaut werden. Die für den Wiederaufbau der Industrie und zur Deckung der unvermeidlichen Defizite der Schwerindustrie erforderlichen Mittel werde der Staat durch die Wiederaufnahme des Getreideexports erhalten, aus welchem das Außenhandelskommissariat große Gewinne herauswirtschaften müsse. Die Durchführung des Außenhandelsmonopols sei mit der Leitung der Staatsindustrie enger als bisher zu verknüpfen. Nur wenn die größten Anstrengungen aufgeboten würden, könnte die Staatsindustrie gegenüber der Konkurrenz und den kapitalistischen Elementen aufrechterhalten werden. Die kapitalistische Bestie rücke in großen Sprüngen vor und bereits im nächsten Jahre könne ein erbitterter Kampf um jeden fußbreit sozialistischen Bodens notwendig werden.

In den anschließenden Debatten führten mehrere Wirtschaftler aus, Trotzki überschätzte die Bedrohung der Staatsindustrie von der Klein- und Heim-Industrie, die im Gegenteil einen Markt für dieselbe darstellten. — Der Vorsitzende des obersten Volkswirtschaftsrates Bogdanow vertrat, ähnlich wie Krassin, die Notwendigkeit der Heranziehung von Privatkapital zur der russischen Industrie.

*

Das pravoslave Konzil.

Moskau. Auf dem von der Sowjetregierung einberufenen russisch-orthodoxen Kirchenkonzil verlas der Metropolit Antonin einen am Vorabend gefaßten Beschluß von 46 Bischöfen, darunter 4 Metropoliten, die es für notwendig erachten, Tichon seines Amtes zu entheben. Das Konzil nahm mit allen Stimmen gegen eine bei fünf Stimmenthaltungen eine Entschließung an, in der erklärt wird, Tichon sei ein Abtrünniger der wirklichen christlichen Lehre und ein Verräter an der Kirche gewesen. Tichon wird auf Grund der kanonischen Gesetze seines Amtes und seiner geistlichen Würden enthoben. Zugleich richtet das Konzil an alle Geistlichen die Mahnung, jeden Versuch, die Kirche für politische Zwecke auszunutzen, zu unterlassen. Die von der Sowjetmacht durchgeführte Trennung von Kirche und Staat lasse der Kirche größte Freiheit. Jeder Gläubige müsse daher ein ehrlicher Sowjetbürger sein und der Sowjetmacht bei der Errichtung des Reiches Gottes auf Erden helfen. Indem das Konzil Tichon verurteilt, erklärt es das Patriarchat für eine gegenrevolutionäre Einrichtung und beschließt dessen Abschaffung. Weiter erkennt das Konzil, daß zum Episkopat verheiratete Priester zugelassen werden können. Es beruft sich dabei auf die apostolischen Schriften und die Praxis der griechischen Kirche bis zum 12. Jahrhundert. Hierauf begannen die Erörterungen über die Wiederverheiratung der Priester. Der amerikanische Bischof Blake begrüßte das Konzil und führte aus, daß die Kirche mit denen gehen müsse, die die Interessen der Unterdrückten verteidigten und sprach die Bereitschaft der Methodistenkirche in Amerika aus, der orthodoxen Kirche in ihrem neuen Beginnen zu Hilfe zu kommen. (Tichon wurde seines Amtes als Patriarch enthoben, weil er gegen den Raub der Kirchenschätze durch die Sowjetregierung protestiert hatte. R.)

Die neue Regierung Pasitsch.

Belgrad, 5. Mai. Das neue südslavische Kabinett Pasitsch hat den Treueid geleistet. Ministerpräsident Pasitsch hat nach vorhergegangener Beratung mit dem Parlamentspräsidenten die Arbeiten der Regierung aufgenommen. König Alexander begibt sich demnächst nach Paris. Für die Dauer seiner Abwesenheit hat er die Gesamtregierung mit der Ausübung der Regierungsgewalt betraut. Die Königin Marie wird den König voraussichtlich begleiten.

—(⊙)—

Baden.

Neuregelung des Bürgergenußrechts.

Am 5. Oktober 1921 wurde vom badischen Landtag eine neue Gemeindeordnung verabschiedet. Eine selbstverständliche Folge dieser neuen Gemeindeordnung ist die Neuregelung des Bürgergenußrechts. Die Bestimmungen stammen im wesentlichen aus dem Jahre 1831. Das badische Staatsministerium hat nunmehr dem Landtag einen Entwurf zugehen lassen, der den Bürgergenuß einer Neuregelung unterwerfen will.

Nach Begründung der Regierung sollen in dem vorliegenden Gesetzentwurf einige Grundsätze durchgeführt werden, die bereits bei der Verabschiedung der Gemeindeordnung maßgebend gewesen sind. Die politische Bedeutung des Bürgerrechts gilt als beseitigt und es kommt heute nur noch seine wirtschaftliche Seite in Frage. Praktisch beschäftigt sich das Gesetz lediglich mit dem sogenannten „Bürgernutz". Verschärft soll der Grundsatz der Naturalnutzung werden. Der Verkauf von Bürgerholzgaben ist nunmehr verboten. Die sachgemäße Bewirtschaftung der Allmendgüter wird schärfer betont. Die Selbständigkeit der Gemeinden in der Regelung des Bürgergenusses wird verschärft. Bei der Verabschiedung des Gesetzes kommen nicht gering zu schätzende Gefühlsworte in Frage. Es ist etwas altes traditionelles von den Vätern ererbtes, was gerade in den Landgemeinden, wo das Gesetz praktische Bedeutung haben wird, leicht auf großen Widerspruch stoßen kann. Dabei gilt es bei dem Widerstreit der Interessen zwischen Ortsbürgern und Ortsfremden, zwischen jungen und alten Bürgern, zwischen den sogenannten Wartbürgern und denen, welche bereits im Genusse sich befinden, sowie zwischen den beiden Geschlechtern einen befriedigenden Ausgleich zu finden. Nach dem bisherigen Recht wurde zum Erwerbe des Bürgerrechts erfordert: Nachweis eines bestimmten Vermögens, guter Leumund, männliches Geschlecht, badische Staatsangehörigkeit und Alter von 25 Jahren. Diese Bestimmungen sollen sämtliche fallen. Der Nachweis eines bestimmten Vermögens wirkt sozial ungerecht. Die Bestimmung des guten Leumunds will die Regierung fallen lassen, weil die politische Seite des Bürgerrechts gefallen ist. Die Gleichberechtigung der beiden Geschlechter erscheint als Folgerung der gesamten heutigen staatsrechtlichen Auffassung. Die Forderung der badischen Staatsangehörigkeit widerspricht der Reichsverfassung. Die Altersgrenze von 25 Jahren soll durch das vollendete 20. Lebensjahr ersetzt werden. Das Anrecht auf den Bürgergenuß wird im § 1 des Gesetzentwurfes folgendermaßen formuliert: „In Gemeinden, in denen Bürgergenuß besteht, kann jeder wahlberechtigte Gemeindeangehörige, der sich nicht in einem der Fälle des § 13 Abs. 1 der Gemeindeordnung befindet, unbeschadet der Vorschrift des § 93 Abs. 1 der Gemeindeordnung durch Entrichtung eines Einkaufsgeldes das Recht zum Bürgergenuß (Bürgerrecht) erwerben. „Zum Erwerbe des Bürgerrechts sind demnach alle wahlberechtigten Gemeindeangehörigen beiderlei Geschlechts vom 20. Lebensjahr an, ohne Rücksicht auf den Nachweis eines bestimmten Vermögens, guter Leumund oder badischer Staatsangehörigkeit berechtigt. Nicht zum Bürgergenuß berechtigt sind jene Gemeindebürger, die den Wohnort in der Gemeinde aufgegeben haben, denen die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt wurden für die Dauer der Aberkennung, sowie die Entmündigten, die unter vorläufiger Vormundschaft oder wegen geistiger Gebrechen unter Pflegschaft gestellten.

Für den Erwerb des Bürgerrechtes ist ein Einkaufsgeld zu entrichten, wovon zwei Fünftel sogleich, die übrigen drei Fünftel für Eintritt in den Bürgernutzen entrichtet werden müssen. Das Einkaufsgeld wird der heutigen Geldentwertung angepaßt. Häufung der Genußteile in einer Hand ist unzulässig. Stirbt ein Ehegatte, so bleibt der Ueberlebende im Genuß des bisherigen Bürgernutzens. Wohnortverlegung bringt ein zeitweiliges Ruhen des Bürgerrechtes mit sich, wenn auch die Familie den Wohnort wechselt.

Von Bedeutung sind sodann die Bestimmungen, die sich mit der Siedlungsaufgabe der Allmend befassen. Wenn ein Gemeindebürger die zur ordnungsmäßigen Wirtschaft der Allmendgrundstücke erforderliche Betriebseinrichtung, Scheune, Ställe, Vieh, Ackergeräte usw. nicht besitzt, so kann durch Gemeindebeschluß der Allmendgenuß entzogen werden. Dasselbe ist der Fall, wenn ein Gemeindebürger außer der Allmendnutzung im Umfang einer selbständigen Ackernahrung besitzt. Sucht die Gemeinde durch Melioration den Nutzwert einer Allmende zu erhöhen, so besteht bei nur vorübergehenden Beeinträchtigung Anspruch auf Entschädigung für die Allmendnutznießung nicht. Die durch die Melioration entstehenden Kosten sind auf Grund eines Tilgungsplans von den künftigen Nutznießern der Allmend zu tragen. Auf die Kritik des Entwurfs kommen wir bei den Beratungen im Landtag zurück.

Badische Lehrervereinssorgen.

Aus Lehrerkreisen wird uns geschrieben: In der Bad. Schulztg., dem Organ des Bad. Lehrervereins, macht ein Mitarbeiter auf diesem Wege die Regierung darauf aufmerksam, daß z. Zt. Kurse für Fortbildungsschullehrerinnen abgehalten werden, zu denen fast ausschließlich katholische Lehrerinnen zugelassen werden. Warum übernimmt diese Anfrage an die Regierung nicht der Obmann des Bad. Lehrervereins, der doch tagtäglich im Landtag Gelegenheit dazu hat? Es ist nach Ansicht des Artikelers in der Schulzeitung Gefahr im Verzug, daß die badischen Fortbildungsschulen, besonders die Mädchenfortbildungsschulen samt und sonders mit Haut und Haar der Geistlichkeit ausgeliefert werden. Wenn die Redaktion der Bad. Schulztg. und der Obmann einmal ein wenig zuerst Umschau gehalten hätten, wie es mit der Besetzung der Stellen an den Mädchenfortbildungsschulen steht, so hätten sie nicht in so unerhörter intoleranter Weise an die Oeffentlichkeit gehen können. In der Landeshauptstadt sind z. B. in einem Schulhause mit einer größeren Anzahl von Fortbildungsschulklassen, darunter solche mit nur katholischen Schülerinnen, oder im ganzen mit weitaus mehr katholischen als evangelischen Schülerinnen, sämtliche Stellen mit evangelischen Lehrerinnen besetzt. Darin hat bis heute niemand etwas gefunden; nur die intolerante Art und Weise der Bad. Schulzeitung muß darauf aufmerksam machen. Wir möchten nur fragen, ob die Bad. Schulzeitung auch berichtet hätte, wenn zu den oben erwähnten Kursen zufällig mehr evangelische Lehrerinnen zugelassen worden wären. Die Antwort kann nur „Nein" lauten; denn man weiß in katholischen Lehrerkreisen recht wohl, wie der Bad. Lehrerverein und seine Drahtzieher in dieser Beziehung denken und handeln.

—(*)—

Aus der Partei.

Neuhausen A. Pforzheim, 1. Mai. Am Sonntag, den 29. April, fand hier im „Adler" eine größere Zentrumsversammlung für das „Gebiet" statt. Herr Reichstagsabgeordneter Ersing schilderte in längerer Rede unsere politische und wirtschaftliche Lage nicht in rosigem Lichte, sondern in ihrer rauhen Wirklichkeit. Unsere Schuldenlast ist gerade im letzten Halbjahre unter der Regierung Cuno ungeheuer gewachsen. Wenn die Aussichten in die nächste Zukunft auch trübe sind, so ist doch eine Besserung der Lage zu erwarten, wenn alle Volksgenossen ihre Pflicht tun, wenn der Gemeinschaftsgeist und die bürgerlichen Tugenden wie Einfachheit, Arbeitsamkeit und Sparsamkeit wieder mehr zur Geltung kommen. Interessant war es, zu hören, wohin die vielen Steuern fließen. Die einseitige und verfehlte Politik des Landbundes, die sich in der Folgezeit vor allem an den Landwirten selbst rächen wird, wurde kritisiert und die verständige und versöhnende Politik der Zentrumspartei, die in erster Linie auf das Wohl des ganzen Volkes bedacht ist, ins rechte Licht gestellt. Nur wenn es der Volksgesamtheit gut geht, hat auch jeder einzelne ohne Unterschied des Standes Nutzen davon. Eine solche Politik, die allen gerecht zu werden sucht, kann man auch vor seinem Gewissen verantworten. Die Diskussion klärte noch so manche schwierige Frage, so daß alle Versammlungsteilnehmer

---

Der Meister.

11) Roman eines Spiritisten von Franziska Bram.

„Komm, Lottchen," sagte er mit der früheren Zärtlichkeit, mit welcher er Lotte so maßlos verwöhnt hatte. „Mama kann nun einmal die Eierschalen der Kleinstadt nicht loswerden und wenn sie hundert Jahre in Berlin wohnen würde. Sie meint, ein Anstandswauwau könne allein behüten. Ich hoffe, meine Tochter hat es so in sich und ist so erzogen, daß sie weiß, was sich schickt und wie weit sie geht."

Lotte maulte erst ein wenig. Selbst die kurze Predigt war ihr noch zu lang. Dann aber triumphierte sie.

„Man wolle nicht, Papa!" rief sie und fiel ihm um den Hals. „Wie soll ich sagen? „Ich will erst Mama fragen, ob ich mit Ihnen laufen darf?"

Oestermann lachte.

„Racker!" sagte er halb strafend, halb bewundernd.

„Pa, ich muß dir aber zur Belohnung etwas von der Eisbahn erzählen. Etwas furchtbar Interessantes, was dir auch Spaß machen wird."

„Mir?"

„Ja, dir. Dir ganz allein."

Sie schob ihren Arm unter den seinigen und zog ihren Vater fort in das Wohnzimmer.

Frau Alide hatte sich still umgewendet und war hinausgegangen. Was hatte sie hier noch zu suchen, wenn sich die zwei so zusammenschlossen, als ginge es gegen einen Feind? Wenn ihre Bedenken ihrem Manne nicht einmal des Anhörens wert erschienen?

Das Wohnzimmer hatte sich allmählich in Herrn Oestermanns Heiligtum umgewandelt. Er hatte zwar sein eigenes Zimmer, ein schmales langes neben dem Eßzimmer, in dem seine Büchergestelle, sein Schreibtisch und ein mehr bequemes als ansehnliches Ruhebett standen. Aber das benutzte er kaum mehr. Der große Schreibtisch im Wohnzimmer, den Frau Alide in die Ehe mitgebracht hatte — eigentlich zu ihrem eigenen Gebrauch, während Oestermann niemals geschäftliche Dinge in seiner Privatwohnung besorgte — war nun ganz mit spiritistischen Broschüren und Briefen bedeckt. Auf der breiten Ottomane machten sich Werke von du Prel und Aksakoff über den Spiritismus zwischen den Kissen breit und durften bei Todesstrafe nicht entfernt werden. In den Fensternischen reihten sie sich auf, immer höher. Nächstens werden wir ganz überflutet und erstickt, dachte Frau Alide manchmal, und Guste pflegte sich noch viel drastischer über diese Ueberschwemmung auszudrücken. Wenn Oestermann Mittagsruhe hielt, wollte er nur gerade so hinter sich und um sich greifen können, um das Werk zu erwischen, das zu seiner augenblicklichen Stimmung am besten paßte.

Er entdeckte jetzt die neue Nummer des Halbmonatsblättchens, das auch das Organ der Loge vor den verschlossenen Toren geworden war, und einen Brief.

„Nun, Frechdachs?" sagte er zerstreut und griff nach beidem.

Lotte hielt seine Hand fest. Sie durfte sich das, wenn er günstig für sie gestimmt war, schon erlauben.

„Nein, nun höre erst zu, Pa. Fünf Minuten wenigstens! Also ich habe auf der Eisbahn einen reizenden Menschen kennengelernt... nein wirklich, einen reizenden Menschen...!"

„Du?" sagt ein wenig drohend Oestermann. „Lotte, paß mir auf."

Lotte würde noch ein bißchen röter. Sie verstand die Warnung ihres Vaters, der ihr einmal, als er eine Backfischliebelei bei ihr entdeckt hatte, diese sehr durchgreifend auszutreiben versucht hatte.

„Ach, was du denkst, Papa... Aber zum Alleinlaufen geht man nun nicht in den Eispalast, weißt du. Weiter ist aber auch nichts dabei. Ein junger Mediziner, der sein Jahr an der Charité durchmacht und sich ganz rasend für den Spiritismus interessiert."

Da, nun hatte sie gleich mit einem den Köder hingeworfen!

Inzwischen hatte er den Brief geöffnet.

„Da, nun hörst du natürlich schon wieder nicht, was ich sage!"

Der Vater runzelte die Stirne. „Sei so gut, Fräulein..."

Wenn er in diesem Tone sprach, verstand er keinen Spaß. Lotte saß darum mäuschenstill und beobachtete mit dem Auge eines Psychologen sein Gesicht. Es wurde befriedigter, je weiter er vorschritt.

„Nun, so paßt dein weißer Rabe von Doktor, der sich nicht über Dinge lustig macht, welche sich nicht mit dem Seziermesser beweisen lassen, ja gut zu dem Manne, der mir die Zeilen schreibt und der sich auch rasend, aber ganz rasend, wie meine Tochter sagt, für die Sache interessiert. Es scheint, ich bekomme wirklich schon einen Namen."

„Ja, natürlich, Pa. Das hat Doktor Vielweger auch gehört. Und darum möchte er auch gern mal einer Sitzung beiwohnen."

Oestermann zog die Brauen hoch. „Damit ist aber noch lange nicht gesagt, daß ihm das so ohne weiteres gelingen wird."

„Aber Pa, ich habe es dem Doktor Vielweger so gut wie versprochen. Er meint, bei dir hätte er wohl die beste Garantie, daß alles mit rechten Dingen zugeht."

„Wenn alles mit rechten Dingen und ganz fadengerade bei diesen Dingen zuginge, bekäme man aber verwünscht wenig zu sehen, meine Tochter. Materialisierungen und Dematerialisierungen sind keine rechten Dinge."

„Ach, Pa, nun kommst du mir wieder so. Du weißt doch, wie ich es meine: daß nicht gemogelt wird!"

Oestermann war durch den Brief in gute Laune gekommen. Er, der behauptete, nicht eitel zu sein, war in Wirklichkeit leicht herumzukriegen, wenn jemand sich die Mühe nahm, ihn am Bande seiner eigenen Ansichten zu leiten, sobald der Zuhörer es nur über sich gewann, zu seinen tollsten Behauptungen vorerst zu schweigen.

„Wir wollen einmal sehen."

„Ach sehen, sehen!" wiederholte die rote Lotte. „Nachdem ich mich mit Mama wegen dem Doktor und dem Eispalast herumgeschlagen habe..."

„Ging das um den Doktor?" frug ihr Vater interessierter.

„Ja, natürlich."

Es war nicht wahr. Lotte hatte bis jetzt noch gar nicht für gut befunden, zu ihrer Mutter auch nur ein Wort von Doktor Vielweger zu sagen. Aber sie kannte ihre Pappenheimer.

„Ich meine wenigstens... sie... sie wurde ärgerlich, als ich ein Wort fallen ließ."

Das entschied bei Oestermann. Seit er bei seiner Gattin den ersten geheimen Widerstand gegen seine Ansichten mehr gefühlt als tatsächlich gemerkt hatte, war er gegen sie in einem gewissen Reizzustand. Der verschärfte sich, als er von ihr hören mußte, daß selbst die unbedingte Ergebenheit und Vergötterung ihre wahre Meinung darüber nicht mehr änderte; seit er wußte, daß ihr Schweigen jetzt nicht mehr Zustimmung war, sondern eben Enthaltung.

(Fortsetzung folgt.)

—(⊙)—

recht befriedigt waren. Für seine trefflichen Ausführungen erntete der Redner wohlverdienten Beifall.

Wiesental, 4. Mai. Die am letzten Sonntag, den 29. April nachmittags in Wiesental einberufene Versammlung der hiesigen Zentrumspartei war gut besucht und nahm einen anregenden und schönen Verlauf. Als Redner des Tages war der allverehrte Parteichef Herr Prälat Dr. Schofer erschienen, welcher herzlich begrüßt in prächtiger Ausführung und allen leicht verständlich als Mann des Volkes zum Volke sprach. Er behandelte in der Hauptsache die brennenden und tiefeinschneidenden Tagesfragen, wie neue Wohnabgabe, neues Steuergesetz mit den verschiedenen Staffellungen, Fortbildungsschulgesetz und Verschiedenes. Er schilderte, wie schwer dem Volksvertreter manchmal die Entscheidung in manchen Fragen wird, was z. B. betr. der Wohnabgabe fühlbar wurde und wo besonders die moralischen Auswirkungen der Wohnungsnot für ihn ausschlaggebend wurden. An der Diskussion beteiligten sich u. a. Herr Otto Oßwald, Bürgermeister Roth und verschiedene andere. In allen Fragen wurde Auskunft erteilt. Am schwersten wird wohl die neue Wohnabgabe sich fühlbar machen und wird der Kreis der noch zu zahlen in der Lage sein wird, von Jahr zu Jahr kleiner werden. Nur zu früh mußte der Redner uns verlassen. Die Versammlung tagte unter dem bewährten Vorsitzenden der hiesigen Zentrumspartei Herrn Hermann Rolli, welcher in herzlichen Worten und trefflichen Ausführungen dem Herrn Redner den Dank der Versammlung darbrachte. Auch der vor Jahresfrist gegründete Zentrumsverein wird aus Anlaß dieser Versammlung seine Tätigkeit neu organisieren, was hier sehr notwendig wäre; möchte die Versammlung gute Früchte zeitigen zum Wohle unserer Heimat.

⊙ **Rastatt**, 5. Mai. Letzten Donnerstag abend, hielt der Zentrumsverein im Gesellenhaus seine Generalversammlung ab, die einen guten Besuch aufwies. Der erste Vorsitzende, Herr Professor Peter, eröffnete und leitete die Verhandlungen und erstattete den Geschäftsbericht. Herr Hauptlehrer Armbruster als Schriftführer gab das Protokoll bekannt; Herr Kaufmann Görger berichtete über den guten Stand der Vereinskasse. Die Wahl des ersten und zweiten Vorsitzenden fiel einstimmig auf die bisherigen Amtsinhaber Professor Peter und Fabrikant Karl Stier. Als Schriftführer wurden Herr Hauptlehrer Armbruster und Frau Fabrikant Hilbert wieder gewählt. Für Herrn Görger, der aus geschäftlichen Gründen sein Amt abtreten mußte, wurde Herr Gustav Schweizer zum Kassier erkoren, als Rechnerin Frl. Berta Jäger. Der Jahresbeitrag wurde auf 1000 Mk. festgesetzt. Herr Stadtpfarrer Layer hielt einen genußreichen Vortrag über den Fürsten Karl von Löwenstein, der mit lebhaftem Beifall verdankt wurde.

—(⊙)—

Außerordentl. Tagung der Kath. Kirchensteuervertretung.

Das Erzbischöfliche Ordinariat in Freiburg hatte für Anfang Februar eine außerordentliche Tagung der Kath. Kirchensteuervertretung des Landes einberufen zur Festsetzung des Kirchensteuervoranschlags für 1923 bezw. zur Regelung der Bezüge der kathol. Geistlichen für den badischen Anteil der Erzdiözese ab 1. April 1923. Da infolge des Einbruchs der Franzosen in badisches Gebiet der Bahnverkehr gestört war, konnte die Tagung am festgesetzten Termin nicht stattfinden und wurde später auf den 8. Mai verlegt.

Zu der am Donnerstag im Kornhause abgehaltenen Tagung hatten sich die Vertreter aus allen Teilen des Landes fast vollzählig eingefunden. Die Landesregierung war durch Herrn Ministerialrat Huber vertreten. Se. Exzellenz der hochw. Herr Erzbischof hatte den Kanzleidirektor, Herrn Wirkl. Geistl. Rat Dr. Sester mit der Vertretung der Kirchenbehörde betraut, der die Versammlung im Auftrage des Herrn Erzbischofs eröffnete. Nach kurzer Begrüßung der Vertreter durch den Präsidenten, Herrn Altreichskanzler Fehrenbach, und der üblichen Ehrung der verstorbenen früheren Mitglieder der Kirchensteuervertretung (Stadtrat Roman Schmid-Baden-Baden, Rechtsanwalt Karl Röttinger-Freiburg, Güterverwalter a. D. Wilhelm Röttinger-Ettlingen und Landgerichtspräsident a. D. Josef Gießler) begründete Herr Geistl. Rat Dr. Sester die Notwendigkeit einer außerordentlichen Tagung und gab dann ausführliche Erläuterungen zum Voranschlage für 1923 und zur Neuregelung der Bezüge der katholischen Geistlichen. Der Voranschlag umfaßt in 16 Positionen die Zweckausgaben und in 7 Positionen die Lasten und Verwaltungskosten; insgesamt beziffern sich die Ausgaben auf rund 6056 Millionen Mark.

An diese ausführliche Erläuterung zum Voranschlag und zu den einzelnen Positionen knüpfte sich eine mehrstündige General- und Spezialdebatte, in denen der Präsident des Landesfinanzamts Herr Stamer, als Berichterstatter des Steuerausschusses über dessen Verhandlungen und Beschlüsse Mitteilungen machte. Auch die Herren Vertreter aus allen Teilen des Landes beteiligten sich ausgiebig an diesen Beratungen. Die Beschlüsse des Steuerausschusses fanden dabei rückhaltlose Zustimmung.

Neu eingestellt waren in den Voranschlag der Aufwand für die Stiftungsverwaltung, für die Leiter der geistlichen Erziehungsanstalten, des Erzbischöflichen Missionsinstituts und für die Seelsorger der Schwesternhäuser. Diese Anforderungen wurden genehmigt; ebenso der Aufwand für den Kathol. Oberstiftungsrat und die Erzbischöflichen Bauämter. Ueber die Vereinfachung des Geschäftsbetriebs und den Abbau dieser beiden Aemter wurden von zuständiger Stelle die erforderlichen Auskünfte erteilt.

Bezüge der Pfründeinhaber. Die Pfarrer in Gemeinden mit unter 10 000 Einwohnern erhalten die Bezüge der staatlichen Besoldungsgruppe 10; in Orten von über 10 000 Einwohnern die der Besoldungsgruppe 11. Die Bezüge setzen sich zusammen aus dem Grundgehalt, dem Ortszuschlag, den jeweiligen Teuerungszuschlägen sowie den örtlichen Sonderzuschlägen und den Besatzungs- und Notzulagen. Die freie Wohnung und die Nebenbezüge werden auf die erwähnten Bezüge mit den im Voranschlag ersichtlich gemachten Monatsbeträgen angerechnet, d. h. die Ortszuschläge werden gegenüber denen der staatlichen Beamten auf die im Voranschlag angegebenen Beträge gekürzt.

Die Kuraten und Pfründeverweser erhalten in den ersten 5 Dienstaltersstufen die gleichen Bezüge wie die Pfarrer; eine weitere Erhöhung der Bezüge findet jedoch nicht statt.

Die Vikare erhalten bis zum vollendeten 5. Dienstjahre 90 Prozent, vom 5. bis 10. Dienstjahre 95 Prozent, vom vollendeten 10. Dienstjahre ab 100 Prozent der Anfangsbezüge eines staatlichen Beamten der Gruppe 10 mit Ausnahme der Besatzungs- und Notzulagen.

Die Ruhegehaltsempfänger erhalten je nach den Dienstjahren monatliche Grundgehälter von 19 600 bis 25 000 Mark. Dazu kommen die Ortszuschläge der Ortsklasse C und der jedesmalige Teuerungszuschlag.

Nach Ableben eines Geistlichen werden die Bezüge, die ihm zuletzt zustanden, bis zum Ablauf des auf den Sterbemonat folgenden Monats weitergewährt.

Diese Sätze wurden einstimmig angenommen. Auch die übrigen Positionen des Voranschlags wurden unverändert angenommen.

Dem Antrage der Kirchenbehörde und des Steuerausschusses entsprechend wurde der bisherige, aus 12 Vertretern bestehende Steuerausschuß ermächtigt, vorbehaltlich der endgültigen Zustimmung der Kirchensteuervertretung bei der nächsten ordentlichen Tagung zu den im Laufe des Kirchensteuerjahres als notwendig erkannten Aenderungen an den Beschlüssen der Tagung vom 3. Mai 1923 seine Zustimmung zu erteilen.

Die Kirchenregierung wurde beauftragt, bei der badischen Staatsregierung dahin vorstellig zu werden, daß die bisher zugestandenen 350 000 Mark Jahreszuschuß künftig in Goldmark, d. h. in einem der jeweiligen Markentwertung entsprechenden höheren Betrag ausbezahlt werden.

In namentlicher Abstimmung wurde der gesamte Voranschlag zum Vollzug genehmigt mit der Maßgabe, daß als Landeskirchensteuer für 1923 der Höchstzuschlagssatz von 10 Prozent zu den Ursteuern erhoben wird; ferner wurde fürsorglich genehmigt, daß der für 1923 gültige Voranschlag auf das Kirchensteuerjahr 1924 ausgedehnt wird.

Damit war die Tagesordnung erledigt. Herr Geistl. Rat Dr. Sester dankte im Namen der Kirchenbehörde für die wohlwollende Erledigung des Voranschlags und für die Genehmigung der Anträge, insbesondere auch der Staatsregierung für das bereitwillige Entgegenkommen. Herr Dekan Baumann-Bodman dankte namens des Diözesanklerus für die Regelung der Gehaltsbezüge und dem Herrn Präsidenten Fehrenbach für die gewandte Leitung der Verhandlungen.

—(⊙)—

Karlsruhe.

(!) **Herr Bürgermeister Dr. Horstmann** schreibt uns: Die mein persönliches Verhalten bei meiner Wiederwahl kritisierenden Betrachtungen in der Presse zwingen mich zu folgender Aufklärung für uneingeweihte Kreise: Nach Lage der Verhältnisse, wie sie unmittelbar vor der Wahl bestanden, mußte ich mit der Wahrscheinlichkeit rechnen, daß von meiner Person, sei es, daß ich als wahlberechtigtes Mitglied des Bürgerausschusses an der Abstimmung teilnehmen, sei es, daß ich mich der Stimme enthalten würde, die Wahlentscheidung abhängen werde. Durch diese gewisse sehr „ungewöhnliche" Situation war mir die Pflicht zu besonders reiflicher Prüfung meines Handelns nach allen Richtungen auferlegt. Hätte es sich bei der Abstimmung lediglich um meine Person, um Wiederwahl oder Zuruhesetzung, gehandelt, so hätte ich mich keinen Augenblick besonnen, wie ich mich persönlich zu entscheiden habe. Ich hätte ohne Zögern die in meine Hand gegebene, wohl einzigartige Gelegenheit ergriffen, nach Ablauf zweier Amtsperioden, im Vollbesitz meiner Arbeitskraft und mit dem vertraglich gesicherten Anspruch auf zirka 70 Prozent des jeweiligen Bürgermeistergehalts als Pension durch einfache Stimmenthaltung mich selbst höchst eigenhändig zur Ruhe zu setzen. Tatsächlich aber hat sich die Sachlage so eingestellt, daß durch die nach Ablauf meiner Amtszeit fällig gewordene Wahl eines stellvertretenden Bürgermeisters nach den unzweideutigen Erklärungen aller Parteien im geheimen Wahlverfahren gleichzeitig eine rein sachliche Frage ausgetragen werden sollte, nämlich die Frage, ob die Stadt Karlsruhe sich künftig mit drei stellvertretenden Bürgermeistern, statt bisherigen vier, begnügen kann. Es war dies zweifellos eine Sachlage, die ebenfalls als sehr „ungewöhnlich" bezeichnet werden muß. Wenn ich daher in die Lage versetzt war, ob ich wollte oder nicht, den maßgebenden Stimmentscheid im geheimen Wahlverfahren gleichzeitig auch in dieser sachlichen Frage abgeben zu müssen, je nachdem ich von meinem Rechte der Abstimmung Gebrauch machte oder darauf verzichtete, mußte ich pflichtgemäß ohne Rücksicht auf meine eigene Person allein nach meiner sachlichen Ueberzeugung entscheiden. Dies und nichts anderes habe ich durch meine Abstimmung getan. Daß nach dem tatsächlichen Wahlergebnis hierdurch zugleich meine Wiederwahl entschieden wurde, kann ich für meine Person nur lebhaft bedauern. Es verblieb mir aber die Möglichkeit, von der ich augenblicklich nach der Wahl Gebrauch gemacht habe, durch ausdrückliche Erklärung gegenüber dem Stadtrat keinen Zweifel darüber zu lassen, daß ich trotz meiner nunmehrigen Wiederwahl mit meiner Zuruhesetzung einverstanden wäre, falls die Aenderung des bestehenden Ortsstatuts über die Zahl der stellvertretenden Bürgermeister auch noch nachträglich in ordnungsgemäßer Weise vom Bürgerausschuß beschlossen würde. Da ich nach den früheren Erklärungen der beiderseitigen Parteigruppen annehmen muß, daß bei einer Abstimmung hierüber im Bürgerausschuß die Stimmenverteilung die gleiche sein würde, wie bei meiner Wiederwahl, ich selbst aber im offenen Abstimmungsverfahren, das alsdann Platz greifen würde, als persönlich Beteiligter keine Stimme hätte, so würde damit meine Zuruhesetzung ohne weiteres entschieden sein. Ich habe indessen nur den Wunsch, noch solange im Amte zu bleiben, bis mir die Gelegenheit geboten sein wird, mir gegenüber den unerhörten Verleumdungen, die im Laufe des vorangegangenen Wahlkampfes in Angelegenheiten der städtischen Lebensmittelversorgung gegen meine Person verübt worden sind, durch gerichtliches Urteil Rechtfertigung und Genugtuung verschafft zu haben.

•:• **Ein Denkmal christlicher Wohltätigkeit.** Bei den Bad. Lichtspielen im Konzerthaus fand letzte Woche ein Filmvortrag statt, der weit über die Kreise der Vereinsangehörigen hinaus lebhaftes Interesse erweckte. Herr Boldemann aus Bethel berichtete in packender Schilderung über die aufopfernde Arbeit vielseitigster Fürsorge, wie sie in dieser weltbekannten Anstalt in werktätiger Liebe geleistet wird. Tausende der körperlich und seelisch Notleidenden, die Aermsten der Armen, finden in Bethel Aufnahme, Pflege Arbeit, Gesundung, ohne Ansehen der Herkunft oder Konfession. Eine kurze Einleitung berichtete von der Entstehung der Anstalt und ihrem langjährigen bekannten Leiter dem Pastor v. Bodelschwingh. Dann führte der durch treffliche Erläuterungen begleitete Film den Beschauer in das Leben und Treiben dieser großzügigen Wohlfahrtseinrichtung, nach Bethel selbst und nach den verschiedenen Zweiganstalten. Ursprünglich aus einem Pflegehaus für Epileptische entstanden, erweiterte sich dies Unternehmen werktätiger Nächstenliebe in vielseitigster Weise. Ein Heim für die Obdachlosen der Landstraße gliederte sich an, in dem die der Arbeit Entwöhnten, oft dem Alkoholgenuß zum Opfer Gewordenen, wieder an Arbeit gewöhnt werden, die Verzweifelten wieder Selbstgefühl und Schaffenslust zurückgewinnen. Eine andere Gruppe widmet sich der Erziehung Jugendlicher, die irgendwie auf die schiefe Ebene geraten waren und nun der Menschheit zu retten sind. Wieder ein anderes Bild führt uns in das Erholungsheim der Schwestern, dann lernen wir die Ausbildung der Diakonen kennen, daneben erhalten wir Einblick in die geradezu mustergültigen Wirtschaftsbetriebe mannigfachster Art, die Schreinerei, die Schneiderwerkstatt, Ackerbau und Viehzucht, kurz all die Arbeitsgebiete, in denen die Insassen und Zöglinge der Bethel-Anstalten beschäftigt sind. Der ganze Film bietet außerordentlich viel Anregendes und Sehenswertes, zumal er in der bildlichen Auffassung sehr geschickt und geschmackvoll durchgeführt ist. Man mag auf einem Standpunkt stehen, wie man will, der bewundernswerten Ansicht caritativer Betätigung und der mustergültigen Großzügigkeit des Unternehmens wird man seine Achtung und Anerkennung nicht versagen können. Der Besuch dieses Filmvortrages kann jedermann empfohlen werden.

:: **Notschrei des Schwarzwaldvereins.** Allen wohlbekannt ist die idyllische Stelle am Waldrand oberhalb des Hedwigshofs, die Hedwigsquelle. Viele Tausende, denen eine weitere Wanderung zu beschwerlich fällt, ältere Leute, Kinder, die im Waldesschatten erquickende Ruhe suchten, fanden hier Erholung und Labung am munter sprudelnden Brunnen. Die ganze Anlage mit bequemen Sitzbänken, von der Ortsgruppe Karlsruhe des Bad. Schwarzwaldvereins errichtet, bot willkommene Rast für alt und jung. Leider sind sämtliche Bänke in der Nacht auf den 1. Mai der Zerstörungswut einer etwa 40 Köpfe zählenden Bande zum Opfer gefallen, die das Holz bei ihrem nächtlichen Feuer verbrannte. (War unter den 40 kein einziger, dessen Hirn funktionierte? Ist Stumpfsinn schon so sehr Massenerscheinung?) Der Verein hat Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet und setzt auf die Ermittelung der Täter eine Belohnung von 5000 Mk. aus. Der Schaden wird auf mindestens 100 000 Mk. geschätzt. Es ist der Ortsgruppe Karlsruhe nicht möglich, die Wiederherstellung aus eigenen Mitteln ohne Beeinträchtigung anderer im Voranschlag vorgesehenen Belange zu besorgen. Dazu reichen die bescheidenen Jahresbeiträge nicht aus, obgleich die Mitglieder fast ausnahmslos freiwillige Mehrbeiträge leisten. Es ergeht daher an alle Mitbürger hier, in Ettlingen und Durlach die herzliche Bitte, die Ortsgruppe durch Spendung von Geld in die Lage versetzen, den durch böswillige Buben angerichteten Schaden so rasch als möglich wieder gut zu machen. Gaben erbeten auf Konto 3333 der städtischen Sparkasse Karlsruhe, auf die Vereinsbank Karlsruhe, oder an die Geschäftsstelle dieses Blattes. Die Zeitungen in Durlach und Ettlingen werden um freundlichen Abdruck dieser Zeilen gebeten.

‡ **Ein großes Orgel- und Chorkonzert** veranstalten am Samstag, 12. Mai, im Festhallesaal der Bühnenvolksbund und die Theatergemeinde des BVB. Neben monumentalen Orgelwerken von J. S. Bach, die einer der hervorragendsten Meister der Orgel, Franz Philipp (Freiburg), spielen wird, sowie Liedern von J. S. Bach und Max Reger enthält das Programm sieben a capella-Chöre für Männer- und Frauenstimmen („Unser Lieben Frau") von Franz Philipp, die der Kirchenchor St. Bonifaz hier zum ersten Mal zu Gehör bringen wird, nachdem dies jüngste Werk des badischen Tondichters anderwärts schon mit stärkstem Erfolg aufgeführt worden ist. Die Bach- und Regerlieder hat die Altistin des Landestheaters, Paula Weber, übernommen, die sich als Konzertsängerin einen besonderen Namen geschaffen hat. Das Konzert, das in die Not unserer Tage den ernsten Trost großer Musik zu tragen bestimmt ist, schließt mit freien Orgel-Improvisationen Franz Philipps, der bekanntlich die heute selten gewordene Kunst der Orgelimprovisation wie wenige meistert. — Zu dem Konzert hat die Theatergemeinde BVB. ihre Mitglieder Nr. 801—2400 aufgerufen, die ihre Karten ab Montag in der Geschäftsstelle erhalten. (Alles Nähere aus den Anzeigen und Plakaten.)

⧖ **Lautenabend Delsarto.** Heute, Dienstag, den 8. Mai, abends 8 Uhr, wird sich im Eintrachtssaale die Lautensängerin Agnes Delsarto vom städtischen Theater in Leipzig zum ersten Male in Karlsruhe hören lassen. Ihr reichhaltiges Programm, ein „Lustiges Durcheinander", bringt eine vielseitige Folge aller möglichen Dialekte deutscher Gauen. Wir haben es hier mit einer ganz außergewöhnlichen Erscheinung zu tun, überall wird diese Künstlerin stürmisch gefeiert, in Mannheim z. B. mußte ihr Konzert infolge des ungewöhnlichen Andranges dreimal wiederholt werden. Auch bei uns ist schon für diesen Einführungsabend ein lebhaftes Interesse bemerkbar, es sind jedoch noch Karten in allen Preislagen bei Kurt Neufeldt, Waldstraße 39, und an der Abendkasse erhältlich.

:: **Das Baden** im Rheinhafengebiet, im Rheinvorhafen, im Stichkanal und in der Alb, außerhalb der zugewiesenen Badeplätze ist verboten. Mit Rücksicht darauf, daß in den letzten Jahren mehrere Personen beim Baden an den genannten Orten ertrunken sind, wird auch jetzt wieder auf das Verbot eindringlich hingewiesen. Die Schutzmannschaft wird Zuwiderhandelnde zur Anzeige bringen.

Die Wucherpolizei brachte einen Händler von Hohwettersbach und zwei Händler von hier zur Anzeige, weil sie ohne Erlaubnis Handel mit Schweinen trieben; ferner einen Kaufmann von Pforzheim wegen unerlaubten Handels mit Goldwaren.

Festnahme. Bei einer in verflossener Nacht vorgenommenen Razzia wurden an hiesigen Anlagen 4 obdachlose Personen von der Polizei aufgegriffen, eine davon war zur Verhaftung ausgeschrieben.

—(⊙)—

Letzte Nachrichten.

England gegen das eigenmächtige Vorgehen Frankreichs.

Paris, 8. Mai. Havas meldet aus London, Lord Curzon hat gestern eine Kabinettssitzung geleitet in deren Verlauf, wie man annimmt, die deutsche Note und die Sonderantwort Frankreichs und Belgiens besprochen wurde. Die offiziösen Kreise sind weiterhin sehr zurückhaltend, aber die Reuteragentur glaubt von gut informierter Seite erfahren zu haben, daß die englische Regierung wahrscheinlich beschließen wird, eine eigene Note an Deutschland zu richten, die wohl die deutschen Vorschläge als nicht genügend bezeichnen, aber nicht den Charakter einer klaren und bloßen Ablehnung haben wird, vielmehr wird darin versucht werden, die Wiedereröffnung von Verhandlungen zwischen Deutschland und den Alliierten zum Zwecke der Regelung der jetzt unbefriedigenden Lage zu ermöglichen.

Eigene Antwort Englands?

Paris, 8. Mai. Der Londoner Korrespondent des Corriere della Sera meldet dem Blatte. Es sei kein Geheimnis mehr, daß Lord Curzon den Botschaftern von Frankreich und Belgien offen und mit allem Nachdruck das Mißfallen der englischen Regierung über das eigenmächtige Vorgehen Frankreichs und Belgiens in der Beantwortung der deutschen Note ausgedrückt habe, da dies eine Angelegenheit aller Alliierter und aller Unterzeichner des Versailler Friedensvertrages sei. Beim Empfang der beiden Botschafter sei es infolge der Gegensätze zu einer lebhaften Diskussion gekommen.

Es wird auch morgen der Hochdruckeinfluß noch überwiegen, doch ist die Ausbildung eines Hochdruckkeils über England ein Zeichen für einen Witterungsumschlag im Lauf der nächsten Tage.

Wasserstände des Rheins am 8. Mai: Schusterinsel 200 (gef. 2), Kehl 312 (gef. 11), Maxau 457 (gef. 4), Mannheim 357 (gef. 4).

Sport.

Weitere Resultate. Privatspiele.

Phönix Karlsruhe — Union Niederrad 2:5 (mit drei Ersatzleuten); F. C. Pforzheim — Sportfreunde Stuttgart 0:0 in Stuttgart. — Berlin: Kickers Stuttgart — Norden-Nordwest 2:0; Eintracht Frankfurt — Hertha Berlin 3:2; Eintracht Frankfurt — Berliner Sp. V. 3:2. — Ludwigshafen: Jubiläumstournier der L. F. G. 03. F. G. 03 Ludwigshafen — Pfalz Ludwigshafen 0:5; Phönix Ludwigshafen — V. f. R. Mannheim 3:1; Phönix Ludwigshafen — Pfalz Ludwigshafen 2:1.

Deutsche Fußballmeisterschaft.

Vorrunde: Arminia Bielefeld — Union Oberschönweide 0:0; nach 2½ Stunden ohne Entscheidung abgebrochen (muß wiederholt werden).

Süddeutscher Pokal.

Zwischenrunde: Sp. Vgg. Fürth — Germania Frankfurt 4:1; Helvetia Frankfurt — T. V. Augsburg 2:1.

Länderspiele.

Wien: Oesterreich — Ungarn 1:0 (0:0). Prag: Tschechoslowakei — Dänemark 2:0 (2:0).

Dollar 7. Mai 37 200.—

Berliner Börsenbericht vom 7. Mai. Nach den Ausführungen des Reichsfinanzministers am Samstag hat die Börse für die neue Woche eine energische Fortdauer der Intervention der Reichsbank am Devisenmarkt erwartet, da diese jedoch ausblieb, rief die ablehnende Antwort Frankreichs und Belgiens sowie die Erörterung über die Möglichkeit eines Kanzlerwechsels in Deutschland eine verstärkte Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln hervor. Die feste Haltung des Dollars veranlaßte die Berufsspekulation zu größeren Rückkäufen und Deckungen am Effektenmarkt, der ebenfalls ein überwiegend festes Gepräge zeigte.

Amtliche Berliner Devisenkurse, 7. 5. 23.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Amsterdam	14663.25	14736.75	Spanien	5685.75	5714.25
Brüssel	2159.58	2170.42	Deutsch-Oesterr.	52.16	52.44
Kristiania	6319.16	6350.84	Prag	1110.21	1115.79
Kopenhagen	6942.60	6977.40	Budapest	6.33	6.97
Stockholm	9950.06	9999.94	Buenos Aires	13575.97	13644.03
Helsingfors	1029.42	1034.58	Sofia	236.28	237.82
Italien	1822.93	1934.58	Tokio	183.45	184.46
London	173066.25	173933.75	Rio de Janeiro	3965.06	3984.94
New-York	37355.87	37544.13	Warschau	76.75	—
Paris	2493.75	2506.24	Rumänien	ca. 145.—	
Schweiz	6758.06	6781.94	Jugoslawien	391.02	392.98

Berlin.

	4. 5. 23.	7. 5. 23.		4. 5. 23.	7. 5. 23
Hapag.	66000	83000	Oberschl. Caro	81500	88250
Lloyd	40300	39500	Orenstein	48300	50000
Dt. Bank	31750	32500	Rh. Stahl	140000	150000
Dresd. Bank	20000	18500	Rhenania	35000	30000
A.-G. für Anilin	48000	39750	Sachsenw.	23500	24000
Berger Tiefb.	24000	25000	Sarotti	16100	15600
Bremer Linol.	47000	48000	Scheidemandel	104000	104000
Dt. Alt. Tel.	60000	61000	Sinner	20000	21600
Dt. Lux.	173000	201000	Teleph. Berlin	21000	—
Dt. Waff.	164000	173000	Ver. Stahl Zypen	—	—
Dt. Wolle	31500	30100	Zellstoff Verein	20100	20000
Dyn. Nobel	45000	45500	Zellstoff Waldh.	41500	42900
Elberf. Farben	43000	42000	Otavi Minen	345000	362000
Gaggenau	44000	46000	Kosmos	85000	85000
Gelsenk. Bergw.	208000	224000	Dt. Masch.	32500	30100
Germ. Zement	50000	46000	Goedhardt	155500	178000
Ges. f. el. Unter.	39000	46000	Hartmann	32000	39500
Hannov. Waggon	39900	50000	Lindström	70000	64000
Harpener	245000	250000	Lingelschuh	14100	14000
Hoesch	149000	160000	G., Lorenz	28000	27500
Karlsr. Masch.	26500	25100	Mansfelder	48250	47500
Kolm.-Jourd.	75000	75000	Maximilianau	33750	34500
Köln Rottw.	48000	48000	Mix u. Genest	—	24500
Laurahütte	73000	78000	Salzdetfurt	77000	80000
Leopoldsgrube	51000	51000	Stöhr	275000	255000
Lindes Eism.	32600	32000	Thörla Oel	37900	37900
Linke Hofm.	81000	86000	Neuguinea	43000	47500
Magirus	14000	12500	Pomona	470000	420000
Mech. Lind	26000	24300	Teichgraber	21000	19500
Oberbedarf	67000	68000			

Ohne Gewähr!

Frankfurt — Ohne Gewähr!

	3. 5. 23	7. 5. 23		3. 5. 23	7. 5. 23
Bad. Bank	—	20000	Licht u. Kraft	39300	35500
Darmst. Bank	22600	20000	Els.-Baumwolle	46500	53000
Deutsche Bank	33000	31100	Essl. Masch.	30000	24000
Diskonto-Bank	23600	22000	Felten u. Guill.	72000	66000
Dresd. Bank	19000	18000	Frankf. Pokor.	15000	14200
Oest. Kred.-Anst.	34000	32000	Waggon Fuchs	28000	25200
Rhein.Kred.-Bank	6700	7000	Gritzner	—	85000
Südd. Disk.-Ges.	12500	13000	Gummipeter	14800	14800
Wiener Bankv.	22000	20500	Haid u. Neu	—	39000
Deutsch.-Lux.	—	—	Hanf Füssen	46000	45500
Gelsenk. Bergw.	210000	215000	Hedd. Kupfer	26100	25600
Harp. Bergb.	255000	235000	Hoch u. Tief.	17500	15100
Kali Westerr.	—	70000	Höchster Farben	42000	38000
Riebeck Montan	240000	—	Holzmann	16500	14250
Salzw. Heilbr.	120000	—	Junghans	—	22000
Adler Kleyer	15500	15100	Kammg. Kaiserl.	34800	34800
A. E. G.	44000	39000	Karlsr. Masch.	29000	24000
Anglo Guano	150000	—	Lahmeyer	—	31000
Badenia	15000	14750	Pfälz. Näh. Kays.	25000	25000
Bad. Anilin	51000	46250	Reiniger Gebr.	25000	30000
Bad. Durlach	38500	38000	Rh. Elektra	25000	21000
Uhren Furtw.	42000	43000	Rütgers.	55000	61000
Bergmann	64000	73000	Schnellpr. Frank.	24000	21500
Bingwerke	26000	24250	Schuckert	100000	111000
Zement Heidelb.	—	—	Schuh. Herz.	16000	15000
Chem. Griesheim	43000	39000	Sichel	26400	22000
Daimler	19500	16750	Siemens Halske	119000	140000
Dt. Eisenhandel	30000	27000	Mainkraft	16100	14000
Wayss u. Freytag	26000	22000	Maguin	45000	43000
Zellstoff Waldh.	43600	41400	Moenus Masch.	18000	18000
Zucker Wagh.	30000	24000	Motoren Deutz	48000	
Zucker Frankthl.	27000	20000	Oleawerke	59000	60000
Zucker Heilbronn	26000	23000	Rh. Metallw.	48750	44000
Zucker Stuttgart	27500	24000	Schuh. Berneiss	14000	12000
Hapag	94000	84000	Uhren Furtw.	18800	18750
Nordd. Lloyd	46000	41700	Voigt & Häffner	28000	26000
Benz	39000	37000	Zucker Rheingau	29000	26600
Buderus	80000	73000	Stahlw. Becker	29500	28000
Eisenw. Kaiserl	—	12700	Stoeckicht Gum.	11000	9800
Elberf. Farben	47000	40500	Caro	—	85000
Elektr. Lief.	21900	21900	Phönix	—	136000
Emag	19500	17400	Mansfelder	—	50000
Ettl. Spinnerei.	48000	52000	Blei u. Silb. Braub.	—	18000
Gebr. Fahr	20000	20000	Holzverkohlung	39900	32500
Kons. Braun	11000	10000	Hammersen	—	—
Krauss & Co	44000	42000			

♀ **Vom süddeutschen Ledermarkt.** Die starke Verteuerung der Rohware hat zur merklichen Verschärfung der Festigkeit am Ledermarkt geführt, die sich deutlich in wesentlichem Anziehen der Preise ausdrückte. Wie immer bei aufsteigenden Preisen, so hat auch diesmal regere Nachfrage seitens der Verbraucher eingesetzt, von denen viele eben bemüht waren, sich noch in den Besitz von Ware zu setzen, die zu Uebergangspreisen zu beschaffen war. Wenn nun auch ein Teil der Verkäufer alten Kunden gegenüber gewisse Preiszugeständnisse machte, viele Eigner lehnten aber Konzessionen in den Preisen ab, wodurch manches Geschäft erschwert wurde. Wenn die Schuhfabriken mit deutlicheren Kaufabsichten am Markte erschienen, so läßt dies keineswegs einen Schluß auf Besserung in der Beschäftigung dieser Verarbeiter zu, sondern es hing dies mit der Erwartung zusammen, daß die Preise wahrscheinlich noch weiter steigen. Wenn die Großhändler sich ebenfalls mehr im Einkauf betätigten, so zwang sie allmähliche Lichtung ihrer Läger dazu, die bei den immerwährenden Beanspruchungen vonseiten des Kleinhandels in manchen Sorten nur noch mäßige Auswahl enthielten. Sohlleder in Kernstücken war in fast allen Sorten nur in knappen Mengen greifbar. In Abfallleder ist ebenfalls manches aus dem Markte gegangen. Oberleder hatte ruhigeren Geschäftsgang, wie Bodenleder. Nachdem lange Zeit mit dem Einkauf von Sattler- und Riemenleder zurückgehalten worden war, mußte man neuerdings auch zu stärkeren Käufen in diesem Material greifen. So sind besonders in Riemenlederkernstücken wieder mehr Geschäfte abgeschlossen worden. Auch nach Portefeuilleleder hielt man wieder etwas mehr Umschau. Glaceleder wurde für Zwecke der Bekleidungsindustrie in befriedigendem Maß gesucht, während die Glacelederhandschuh-Fabriken immer noch wenig zugriffen.

Parlamentarisches.

N. Zur Jagdsteuerfrage wird uns geschrieben: Auf einen Punkt sei hingewiesen. Das Jagdpachtgeld ist schon eine Art Steuer, die als Pachtgeld an den Staat als Großwaldbesitzer und an die Gemeinde als Markungsinhaberin entrichtet wird. Also Staat und Gemeinden werden sich von selbst in das Erträgnis dieser Steuer teilen, wenn sie bei der Jagdverpachtung ihre Rechte gehörig wahrnehmen. Bleiben nur die privaten Jagdberechtigten: Standes- und Grundherrschaften usw. Bei diesen könnte die Jagdsteuer sehr einfach durch Zuschlag zur Grundsteuer erhoben werden (pro Hektar Gelände mit Jagdrecht so und soviel Zuschlag!); sehr einfach. Und die Einfachheit sollte ausschlaggebend sein in unseren teueren Zeiten.

—(⊙)—

Chronik.

Baden.

□ Eberbach, 4. Mai. Seit längerer Zeit sind auf der Bahnstrecke zwischen Neckarelz und Eberbach Nachtgüterzüge beraubt worden. In der Nacht zum Donnerstag gelang es nun der Eberbacher Gendarmerie eine fünfköpfige Diebesbande, die mit Auto vorgefahren war, in dem Augenblick zu überraschen, als sie eben bei Zwingenberg den Nachteilgüterzug um Güter im Werte von mehreren Millionen Mark erleichtern wollten, festzunehmen und ins Amtsgerichtsgefängnis einzuliefern. — Die hiesige Siedelungsgenossenschaft hat von der hiesigen Rüdt v. Collenbergschen Herrschaft Güter im Werte von 500 Millionen Mark zu Siedelungszwecken angekauft. Auch die Siedelungsgenossenschaft Hainstadt hat den auf dortiger Gemarkung gelegenen Grundbesitz von 54 Hektar zum gleichen Zwecke zu 120 Millionen erworben.

□ Kehl, 4. Mai. Ein frecher Diebstahl ist in Odelshofen verübt worden. Während eine Landwirtsfamilie auf dem Felde weilte, erbrach ein Dieb die Wohnung und entwendete etwa 800 000 Mk.

•:• Ueberlingen, 4. Mai. Die gerichtliche Untersuchung des schweren Einsturzunglücks am Speicherkraftwerk, wobei mehrere Personen ums Leben kamen, hat ergeben, daß weder den Bauleiter noch den Unternehmer eine Schuld trifft, daß vielmehr der Unglücksfall auf Störungen in den Erdmassenlagerungen zurückzuführen ist.

Dreihundertjähriges Stadtjubiläum der Gemeinde Philippsburg.

(?) Philippsburg, 7. Mai. Bei herrlichstem Frühlingswetter konnte am gestrigen Sonntag die alte Reichsfeste Philippsburg ihr 300jähriges Stadtjubiläum begehen. Aus diesem Anlaß fanden am Vormittag Festgottesdienste statt. Nachmittag bewegte sich unter Vorantritt der Stadtkapelle der Festzug durch die reichen Flaggenschmuck tragende Stadt zur Festhalle, wo ein Festakt stattfand. Unter den Festteilnehmern befanden sich Staatspräsident Remmele und Landeskommissär von Witzleben. Nach einleitenden Musik- und Gesangsvorträgen hielt Bürgermeister Walter die Festrede, die in interessanter Weise aus der wechselvollen Geschichte Philippsburgs berichtete und in der er auch des Wirkens des Bürgermeisters Nopp gedachte. In der zweiten Hälfte des dritten Jahrhunderts entstand die Burg Udenheim, um welche nach und nach, wie in solchen Fällen gewöhnlich, eine Ansiedelung entstand. Im Jahre 1398 erwarb sich dieselbe Gemeinderechte, im Jahre 1338 Stadtrechte mit Genehmigung zum Festungsbau. 1623 erhielt die Stadt nach Fertigstellung der Stadtbefestigung ihren heutigen Namen. Erstmals wurde Philippsburg im Jahre 1634 durch die Schweden, dann in den Jahren 1644, 1688, 1734 und 1799 von den Franzosen belagert. Immer, mit Ausnahme der letzten Belagerung, fiel Philippsburg in die Hände der Feinde. Im Jahre 1800 wurde Philippsburg von den Franzosen blockiert und in demselben Jahre diesen übergeben. Philippsburg, um welches seiner strategischen Wichtigkeit wegen öfters heiß gekämpft wurde, erinnert uns an unendlich traurige Zeiten. — Staatspräsident Remmele überbrachte die Grüße der badischen Regierung. Die Feier fand ihren Abschluß mit frisch gesungenen Chören und Freiübungen jugendlicher Turner. —

—(*)—

Gemeindepolitik.

•:• Durlach. (Mitteilungen aus der Stadtratssitzung vom 2. Mai 1923.) Die städtische Badeanstalt ist versuchsweise zur Verpachtung auszuschreiben. Der Einrichtung eines Familienbads kann nicht zugestimmt werden. Dem Antrag, in § 30 der ortspolizeilichen Vorschrift über den Anschluß der Grundstücke an die unterirdischen Abzugskanäle hinsichtlich der Anbringung von Regenrohrsinkkasten allgemein eine Erleichterung eintreten zu lassen, kann nicht stattgegeben werden. Von Fall zu Fall ist zu prüfen und zu entscheiden, ob nicht eine Ausnahme gestattet werden kann, die, sobald sich Mißstände zeigen, zurückzunehmen ist. — Das im Jahr 1906 aufgenommene Kapital von 2 Millionen Mark ist heimzuzahlen und die ausgegebenen Schuldverschreibungen zu kündigen. Im Voranschlag ist der entsprechende Betrag einzustellen (zirka 1,7 Millionen Mark). — Beim Bürgerausschuß sind die Mittel mit zirka 10 Millionen Mark für Einrichtung von Wannenbädern im alten Krankenhausgebäude anzufordern. — Der Verkauf des Nutzholzes an die Firmen Grützner hier und Cromer in Bruchsal wird genehmigt. — Der Urlaub der städtischen Beamten und Angestellten ist nach der Reichsregelung zu gewähren.

Heidelberg, 5. Mai. Der Bürgerausschuß genehmigte gestern nach zweitägiger Beratung die Aufnahme einer Anleihe von 250 Millionen Mark zur Bereitstellung der Kosten des Rathausumbaus und die Einrichtung der Schwemmkanalisation im ganzen Heidelberger Stadtgebiet, wodurch Kosten von mehr als einer Milliarde Mark entstehen. Für die letztere Vorlage wurde ein Kredit in Höhe von 931 Millionen Mark bewilligt, nachdem 108 Millionen bereits früher genehmigt worden waren. Die Mittel werden beschafft durch Verkauf von Vieh, Maschinen und Vorräten von den drei großen Gütern der Stadt im badischen Hinterland. Genehmigt wurde auch die Verstaatlichung der Luisenheilanstalt (Kinderklinik) für die nächsten 15 Jahre. Staat und Stadt teilen sich in die Betriebskosten. — Der Bürgerausschuß befaßte sich auch mit der vom Stadtrat vorgelegten Hundesteuer. Stadtv. Schmitt teilte als stellv. Obmann mit, daß der Vorstand eine Erhöhung der vorgeschlagenen Sätze beantragt habe: Anstatt 10 000 Mark soll der erste Hund mit 20 000 Mk. und jeder weitere Hund eines Besitzers mit 40 000 Mk. besteuert werden. Fast alle Redner wiesen auf die Verschmutzung der Straßen und auch auf die Nahrungsmittelnot hin. Die Zahl der Hunde habe auch hier außerordentlich zugenommen. Stadtv. Sieferer (Ztr.) stimmte dem Antrag des Vorstandes zu und wünschte eine strengere Kontrolle, damit auch alle Hunde von der Steuer erfaßt werden. Der sozialdemokratische Stadtverordnete Horchler meinte, die Hundebiecher sollten endlich einmal hoch besteuert werden. Jetzt habe jede Dame ein Schoßhündchen, die Sorge um ein Kind wäre eine schönere Beschäftigung. Schließlich wurde der Antrag des Vorstandes angenommen.

—(⊙)—

Hochschulen.

K. B. Wir werden gebeten darauf aufmerksam zu machen, daß die gesamte für den wegen seiner politischen Haltung ausgewiesenen Verbandsgeschäftsführer des Kartellverbandes der Katholischen Studentenvereine Deutschlands (K. V.) bestimmte Verbandspost vorläufig an die alte Adresse geht. Der endgültige Aufenthalt des Herrn im unbesetzten Gebiet wird noch bekannt gegeben. Befreundete Blätter werden um Abdruck ersucht.

—(*)—

Mitteilungen aus der Karlsruher Stadtratssitzung

vom 3. Mai 1923.

Abgabe von Industriegelände. Von dem beim Anwesen der Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe neuerschlossenen Industriegelände werden 12 500 Quadratmeter zum Zwecke der Errichtung einer Fabrik zunächst mietweise unter Inaussichtstellung des späteren Verkaufs abgegeben. —

Kommunaler Feuerversicherungsverband. Die Stadt Karlsruhe tritt dem Kommunalen Feuerversicherungsverband Baden, der als Zweckverband im Sinne des § 5 der Badischen Gemeindeordnung errichtet wird, vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses, als Mitglied bei. —

Neueindeckung von Schotterstraßen. Für die Neueindeckung von 50 000 Qudratmeter Schotterstraßen werden im Voranschlag für das Wirtschaftsjahr 1923 die erforderlichen Mittel in Höhe von 3 Millionen Mark vorgesehen. Beim badischen Arbeitsministerium wird Antrag auf Gewährung eines Zuschusses nach Maßgabe der Bestimmungen über die Förderung der produktiven Erwerbslosenfürsorge gestellt. —

Beschaffung von Straßenteer. Zur Teerung von Fahrbahnen und Gehwegen im Gesamtflächenmaß von 35 000 Quadratmeter werden vom Nebenproduktenvertrieb in Frankfurt a. M. 56 000 Kilogramm Teer bezogen. Die erforderlichen Mittel im Betrage von 100 Millionen Mark einschließlich der Aufwendungen für die Ausführung der Arbeiten werden im Voranschlag für das Wirtschaftsjahr 1923 vorgesehen. Beim badischen Arbeitsministerium wird die Gewährung eines Zuschusses zu den Aufwendungen gemäß den Bestimmungen über die Förderung der produktiven Erwerbslosenfürsorge beantragt. —

—(⊙)—

□ Der Mieterschutzverein, e. V. Karlsruhe

hielt am 3. Mai im Saale des „Palmengartens" seine Generalversammlung ab. Der Vorsitzende Herr Förschner gab in seinem Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr (April 22 bis April 23) ein Bild des guten Wirkens des Vereins für die Mitglieder. Der Verein, der amtlich eingetragen ist, hat die „Kinderkrankheiten überstanden" und ist lebens- und leistungsfähig. Mit den niedrig bemessenen Beiträgen ist er bis jetzt knapp durchgekommen, eine Erhöhung ist aber jetzt unvermeidlich, obwohl seine Funktionäre ehrenamtlich arbeiten. Der Verein stellte 4 Beisitzer zum Mieteinigungsamt, auch in der Mietzinskommission wirkten seine Vertreter mit. Mit dem Grund- und Hausbesitzerverein hat er Verhandlungen geführt, die, besonders in der Frage der Instandsetzungszuschläge, nicht leicht waren und manchmal hart auf hart gingen. Die Instandsetzungskosten dürfen in Karlsruhe nicht höher sein als in andern Städten Badens der Ortskl. A; der Verein protestiert gegen die neueste Erhöhung von 6000 auf 11 600 % der Grundmiete. In Karlsruhe haben wir z. Zt. etwa 6000 Wohnungssuchende; das Wohnungsamt hat fast 2000 Wohnungen vermittelt. An der Zwangswirtschaft müssen wir festhalten gegenüber den Bestrebungen nach freier Wirtschaft, die nach Stärke und Einfluß nicht unterschätzt werden dürfen. Die freie Wirtschaft im Wohnungswesen würde eine ungeheure Steigerung der Mieten bringen: eine Dreizimmerwohnung z. B. würde 1½ Millionen Jahresmiete kosten. Um seinem Protest gegen die Spekulation mit deutschem Boden Ausdruck zu geben, ist der Mieterschutzverein dem Verein deutscher Bodenreformer beigetreten. Von dem Gemeindebeschluß über die Entrichtung der Wohnabgabe ist niemand recht befriedigt. Daß das Privatkapital in absehbarer Zeit Häuser bauen werde, ist — auch bei eventl. Freiwirtschaft — bei dem gewaltigen Risiko ausgeschlossen, nur Genossenschaften können das. Herr Förschner dankte zum Schlusse den Mitgliedern für die Treue, die sie dem Verein bewahrt haben.

Der Rechner, Herr Pfeiffer, erstattete den Kassenbericht; Herr Stadtrat Schwan den Bericht der Geschäftsstelle: Die Besucherzahl der Sprechstunden hat zugenommen; 3452 haben sie im Geschäftsjahr in Anspruch genommen, hauptsächlich wegen Mietzinserhöhungen und Kündigungen. In besonders schwierig gelagerten Fällen hat die Geschäftsstelle eingegriffen; im übrigen sollen die Mieter zur Selbständigkeit erzogen werden und sich nicht terrorisieren lassen. Die Hilfe des Mieteinigungsamtes wurde in den meisten Fällen mit Erfolg in Anspruch genommen. Der Mieterschutzverein zählt z. Z. 2180 Mitgl., doch wäre im Interesse der Mieter ein höherer Stand zu wünschen. Dem Büro und dem Arbeitersekretariat gebührt Dank für die billige Ueberlassung der Räume der Geschäftsstelle (Blumenstraße). Entschieden tritt Redner für die Erhaltung der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen ein. Die Mieter müssen zusammenhalten, da es noch schwere Kämpfe absetzen wird in der Frage der Instandsetzungsarbeiten und der Wohnungsabgabe und gegenüber weiteren unberechtigten Wünschen der Hausbesitzer, z. B. Erhöhung der Zinsen für Hypotheken. Abzulehnen ist ferner die verlangte Erhöhung der Verwaltungskosten und die Erhebung der städt. Gebühren für Straßenreinigung, Grubenentleerung u. dgl. direkt beim Mieter (anstatt beim Eigentümer), wegen daraus entstehenden Zeitverlustes und hoher Verwaltungskosten. Die Hausbesitzer sollten den Mietern monatlich Abrechnung geben, dann würde mancher Streit vermieden. Redner schließt unter Beifall, daß die Mieter keinen Kampf führen, sondern friedlich sich mit den Eigentümern auseinandersetzen wollen.

Der Vorsitzende unterbreitet hierauf der Generalversammlung folgende Entschließung:

1. Der Mieterschutzverein e. V. erblickt die Möglichkeit einer aussichtsreichen Bekämpfung des Wohnungselendes nicht in der Sozialisierung des Wohnungswesens, sondern in der alsbaldigen Durchführung der vom Bunde Deutscher Bodenreformer vertretenen Bodenreform und Siedelungspolitik.
2. Bei dem überaus großen Wohnungsmangel ist die amtliche Bewirtschaftung der Wohnungen so lange beizubehalten, bis durch Erstellung neuer Wohnungen ein Ueberschuß an Wohnungsraum von etwa 2 vom Hundert der vorhandenen Wohnungen erreicht ist.
3. Im Interesse der Erhaltung der Häuser, deren Notwendigkeit die Mieterschaft vollauf anerkennt, werden angemessene Zuschläge für Instandhaltung grundsätzlich gebilligt; bei ihrer Bemessung muß jedoch die Berücksichtigung des Umstandes, daß i. A. die Papiereinkommen weit unter den Goldeinkommen geblieben sind, verlangt werden. Aus diesem Grunde wird gegen die neueste Erhöhung der Instandsetzungskosten von 6000 auf 11 600 vom Hundert der Grundmiete schärfster Widerspruch erhoben und verlangt, daß der Instandsetzungskostenzuschlag die diesbezüglichen Zuschläge der übrigen Städte der Ortsklasse A in Baden nicht übersteigt.
4. Bei der Schaffung eines Ausgleichsfonds müssen für die Inanspruchnahme Vorkehrungen zur Verhütung der Bereicherung Einzelner aus von der Allgemeinheit aufgebrachten Mitteln getroffen werden.
5. Von der Tatsache ausgehend, daß der weitaus größte Teil des Mietzinses aus Betriebskosten (Umlage, Wassergeld u. dergl.) besteht deren Höhe die Stadtverwaltung festsetzt, wird äußerste Sparsamkeit und die Durchführung von Maßnahmen erwartet, welche eine wirtschaftliche Betriebsführung ermöglichen und sichern.

Die geplante Erhebung verschiedener Betriebskosten unmittelbar von den Mietern hat unstreitig einen wesentlichen Mehraufwand an Verwaltungskosten zur Folge, welcher in keinem Verhältnis zu dem zu erwartenden Erfolge steht. Mit Rücksicht hierauf werden die Mitglieder der Gemeindevertretung um Ablehnung diesbezüglicher Anträge dringend ersucht.

Die Entschließung wurde ohne Widerspruch angenommen. In der Diskussion wurde besonders der Mangel einer Abrechnung für die Mieter gerügt und von der Vereinsleitung empfohlen, daß die Mieter allgemein Abrechnung verlangen sollen. Der Vorstand fand für seine Tätigkeit Dank und Anerkennung.

Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender K. Förschner, 2. Vorsitzender Anton Karl, 1. Schriftführer Jörg, Verwaltungsinspektor, 2. Schriftführer Link, Kanzleigehilfe, Rechner Pfeifer, Kaufmann, Beisitzer: Frau Bonning, Dr. Bentmann, Reg.-Medizinalrat, Braun, Bautechniker, Bundschuh, Telegr.-Sekr., Graf, Pol.-Insp. a. D., Niclas, Oberpostinspektor, Wahl, Redakteur.

Ueber einen Antrag auf Erhöhung der Mitgliederbeiträge entspann sich eine längere Diskussion. Schließlich wurde von der Generalversammlung der Beitrag auf 300 Mk. vierteljährlich festgesetzt für Kleinrentner, Pensionäre und Witwen auf die Hälfte dieses Betrages. Der Vorstand ist außerdem ermächtigt, nach Lage der Geldentwertung den Beitrag zu erhöhen.

Zum Schlusse hielt Herr Oberpostinspektor Niclas noch einen kurzen Vortrag über Bodenreform und Heimstätten. Seine beifällig aufgenommenen Ausführungen gipfelten in folgender von der Versammlung einstimmig angenommener Entschließung:

Wir fordern die Reichsregierung auf, den Entwurf eines Gesetzes über den erleichterten Erwerb und besseren Gebrauch des deutschen Bau- und Wirtschaftslandes (Bodenreform-Gesetz), den der „Ständige Beirat für Heimstättenwesen beim Reichsarbeitsministerium" bereits Ende Oktober 1920 eingebracht hat, so rasch wie möglich dem Reichstag zur Beschlußfassung vorzulegen. Vom Reichstag erwarten wir, daß er bei etwaigem Zögern der Reichsregierung sofort selbst eingreift und dem deutschen Volk ein so wichtiges Gesetz unverzüglich schafft, weil es zur Durchführung des Heimstättengesetzes dringend nötig und unerläßlich ist.

Mit einem lebhaften Appell des Vorstandes zu unermüdlicher Werbetätigkeit für den Mieterschutzverein wurde die Generalversammlung geschlossen.

Karlsruher Standesbuch-Auszüge.

Todesfälle. 5. Mai: Benedikt Wiehl, Institutsvorstand, Ehemann, alt 65 Jahre. — 6. Mai: Leo Gindner, Zementeur, Ehemann, alt 31 Jahre; Max Jung, Schreiner, Ehemann, alt 47 Jahre.

Der B. B.

als führendes Parteiblatt darf heute in der Hand keines Angehörigen der Zentrumspartei fehlen.

Amtliche Anzeigen.

Bekanntmachung.

Vorauszahlung auf die Einkommensteuer für das Kalenderjahr 1923.

Das II. Viertel der für das Kalenderjahr 1923 vorläufig zu entrichtenden Einkommensteuer muß spätestens auf 15. Mai 1923 bezahlt werden. An die Zahlung wird hiermit erinnert.

Zu entrichten ist der im letzten Steuerbescheid als Vorauszahlung angegebene Vierteljahresbetrag.

Wer nicht rechtzeitig bezahlt, hat Mahnkosten, gegebenenfalls Zinsen und Zuschläge zu entrichten.

Karlsruhe, den 5. Mai 1923.

Finanzamt-Stadt. — Finanzamt-Land.

Soeben erschien in unserem Verlag:

Der glorreiche Rosenkranz

von

Karl Fischer, Spiritual.

Mit kirchlicher Druckerlaubnis.

kl. 8° — 36 Seiten.

Mk. —.10 Schlüsselzahl 2500, zuzüglich dem üblichen Sort.-Teuerungszuschlag.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Badenia A.-G., Karlsruhe

Verlag und Druckerei.

Umzüge besorgt billigst bei fachkundiger Bedienung. „Keine Tarifpreise".

Herm. Schultis, Markgrafenstraße 43.

Telefon 5582.

Die besten **Wanzen-**, Käfer-, Ratten- u. Mäuse-Vertilgungsmittel erhalten Sie im altbewährten Spezialhaus D. V. G. U.

Anton Springer

Ettlingerstrasse 51.

Gebisse pro Zahn **3000 Mk.** mit echtem Stift. Alte Gold-, Silber-, Platingegenstände, Brennstifte kauft zu hohem Preis.

Frau K. Pflüger, Hirschstrasse 31 III.

Heirat.

Geb. Frl. v. Land, kath., 27 J., nette Ersch., in allen häusl. Arb. bew., vermög. u. gt. Aussig., wünscht auf diesem Wege, da es an passd. Gelegh. fehlt, Beamten, Lehrer od. tücht. Geschäftsm. zwecks. spät. Heirat kennen zu lernen. Nur ernstgem. Zuschriften unter Nr. 94 an d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Ankauf von Goldschmuck u. Silber-Gegenstände, Platin, Gebisse, per Zahn 3500 M. und mehr

R. Ziegler, Akademiestr. 26, Tel. 321.

Willst du in schönen Schuhen wandeln, musst du mit **Pilo** sie behandeln!

Gold Silber Quecksilber und Gegenstände aller Art kauft zu Vorzugspreisen da im eig. Betrieb verarb.

Badenia Vorholzstr. 24 Tel. 3847.

Fräulein,

52 Jahre alt, seit etwa 15 Jahren b. Verwandten in Stellung, gute Zeugnisse, durchaus erfahren im Haushalt, Küche, Nähen 2c., sucht sofort Stellung, möglichst bei alleinstehenden Personen, kleine Familie nicht ausgeschlossen, Land bevorzugt, doch nicht Landwirtschaft.

Angeb. unt. Nr. 90 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Bad. Landestheater.

Dienstag, 8. Mai 6½-9¼ Uhr. Sp. I. Abt. Mk. 6000. Abonn. E. 20. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 2101—2500.

Mozart-Zyklus V.

Cosi fan tutte (So machens Alle)

Elegante Herren-Anzüge
Burschen- u. Knaben-Anzüge
Manchester-Sport-Hosen
Arbeits- und Sonntags-Hosen
grosse Auswahl in
Schuhwaren
für Damen, Herren und Kinder
kaufen Sie stets billigst bei
Axelrad, Essenweinstr. 32, II.

Altblei

sofort zu kaufen gesucht.

Badischer Beobachter, Adlerstraße 42.

Wohnungstausch.

4-Zimmerwohnung m. G. u. El. (Weststad t) gesuch gegen schöne 5-Zimmerwohnung. Sofienstr. 181 a I bei H. Schulz

Dienstag u. Mittwoch von 10-6 Uhr werden **Gebisse** gekauft, zahle für den **Zahn 3500 Mk.** v. höher

Douglasstr. 22 II geg. d. Hauptpost A. Weineck.

In unserem Verlag ist erschienen:

Mädchentugend in Not

8°, 8 Seiten.

Preise:

1 bis 50 Stück Mk. 180.— pro Stück
51 „ 250 „ „ 150.— „ „
251 „ 500 „ „ 120.— „ „
zuzügl. 20% Sort.-Teuerungs-Zuschlag.

„Diese Schrift sollte in Millionen von Exemplaren bei Jung und Alt verbreitet werden," schrieb uns ein Seelsorger. Er hat recht, leider nur zu sehr recht! Gegen die Tanzwut in unseren Tagen wendet sich der Verfasser in eindringlichen, mahnenden Worten.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, sowie direkt vom Verlag.

Badenia Druck u. Verlag Karlsruhe

Schlichte Lebensbilder von Franz Dor betitelt:

Edle Männer unserer Heimat

8°. 367 Seiten mit 21 Bildern.

Preis steif broschiert Mk. 1.25

hübsch gebunden Mk. 1.80

Schlüsselzahl, mit welcher der Grundpreis zu multiplizieren ist, 1000, zuzüglich dem üblichen Sortiment-Teuerungszuschlag.

Aus einer ausführlichen Besprechung der „Neuen Mannheimer Volksblatt":

„Das Buch, das in jedes katholische Haus der badischen Heimat gehört, zählt bei seinem starken Umfang zu den preiswertesten, die unter den heutigen Verhältnissen angeboten werden. Wer die früheren Arbeiten des feinsinnigen Verfassers z. B. die gehaltvolle Biographie von F. X. Lender, auf die bei dieser Gelegenheit hingewiesen werden muß, kennt, wird mit Freuden nach diesem neuen Werk von Dors schöner und lebendiger Kunst der Lebensbeschreibung greifen."

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Badenia · Druckerei u. Verlag · Karlsruhe